



belarus- analysen

<http://www.laender-analysen.de/belarus/>

BELARUS UND DIE GLOBALEN NACHHALTIGKEITZIELE IM KONTEXT DER AGENDA 2030

■ ANALYSE	
Die Agenda 2030 in Belarus	2
Astrid Sahm (Internationales Bildungs- und Begegnungswerk, Berlin und Dortmund)	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) in Belarus	7
■ ANALYSE	
Potenziale für Klimaschutz und ökologische Modernisierung in Belarus	9
Robert Sperfeld (Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin)	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Energieverbrauch und Emissionen in Belarus	12
Belarus im Klimaschutz-Index 2019 (Climate Change Performance Index)	15
Energieszenarien für Belarus laut der Studie »Energy [r]evolution« (2018)	16
■ CHRONIK	
1. Dezember 2018 – 20. Januar 2019	21

Die Agenda 2030 in Belarus

Astrid Sahn (Internationales Bildungs- und Begegnungswerk, Berlin und Dortmund)

Zusammenfassung

In Belarus ist seit Mai 2017 in kürzester Zeit ein komplexes System neuer Institutionen zur Erreichung der Globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) entstanden. In ihrem aktiven Beitrag zu der beim UNO-Nachhaltigkeitsgipfel 2015 verabschiedeten Agenda 2030 sieht die belarussische Führung nicht zuletzt ein Instrument zur Verbesserung des internationalen Ansehens des Landes. Gleichzeitig entstehen durch die auf nationaler und regionaler Ebene angesiedelte Nachhaltigkeitsarchitektur neue Chancen für eine verbesserte Politikkohärenz, die Erweiterung von Partizipation sowie den Ausbau regionaler Selbstverwaltung. Befördert wird dies durch den wachsenden Handlungsdruck infolge von demographischem Wandel, Digitalisierung und anderen globalen Herausforderungen.

Die Agenda 2030, welche 172 Staaten auf dem UNO-Nachhaltigkeitsgipfel Ende September 2015 in New York verabschiedeten, wurde für die Republik Belarus durch Präsident Aljaksandr Lukaschenka und damit auf höchster Ebene unterzeichnet. Bereits im Juli 2017 legte Belarus einen ersten Bericht über seinen Beitrag zur Umsetzung der Agenda 2030 und den darin definierten 17 Globalen Nachhaltigkeitszielen beim Hochrangigen Politischen Forum für Nachhaltige Entwicklung der UNO vor. Präsentiert wurde dieser Bericht von der stellvertretenden Vorsitzenden des Rats der Republik Maryjana Schtschotkina, die im Mai 2017 per Präsidialerlass zur Nationalen Nachhaltigkeitskoordinatorin ernannt worden war. Der Präsidialerlass sah zudem die Einrichtung eines Nationalen Nachhaltigkeitsrats vor.

Erste Ansätze

Die Gestaltung einer institutionalisierten Nachhaltigkeitspolitik ist für Belarus freilich keine neue Erfahrung. So hatte das Land schon die bei der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro verabschiedeten Ziele aktiv unterstützt. Als erstes postsowjetisches Land richtete Belarus 1996 eine Nationale Nachhaltigkeitskommission ein und verabschiedete 1997, d. h. fünf Jahre vor der Bundesrepublik Deutschland, eine Nationale Nachhaltigkeitsstrategie. Zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung, der zehn Jahre nach Rio in Johannesburg stattfand, legte Belarus schließlich 2002 einen ersten Fortschrittsbericht vor. Bereits 1998 hatte Belarus ein Gesetz über staatliche Prognose und staatliche Programme für sozial-ökonomische Entwicklung verabschiedet, welches die »Nationale Strategie der nachhaltigen sozial-ökonomischen Entwicklung« (NSNE) zum zentralen langfristigen Planungsinstrument für einen Zeitraum von jeweils 15 Jahren bestimmte. Laut Gesetz sollte die Strategie zudem alle fünf Jahre aktualisiert werden. Dies erfolgte

erstmalig in 2004, als die Regierung die »Nationale Strategie der nachhaltigen sozial-ökonomischen Entwicklung für den Zeitraum bis 2020« (NSNE-2020) billigte.

In der Folgezeit gab die belarussische Führung allerdings die internationale Vorreiterrolle des Landes in Sachen Nachhaltigkeitspolitik preis. Im Februar 2009 löste die Regierung die zuvor bereits passive Nationale Nachhaltigkeitskommission auf, so dass es kein offizielles Instrument zur Koordination der Umsetzung der NSNE-2020 mehr gab. Im gleichen Jahr wurde die Erarbeitung einer Nachfolgestrategie für den Zeitraum bis 2025, die vom zuständigen Forschungsinstitut des Wirtschaftsministeriums bereits im Entwurf vorgelegt worden war, eingestellt. Die NSNE-2020 war damit nur noch ein formales Dokument ohne reale politische Relevanz. Lokale und regionale Nachhaltigkeitsinitiativen mussten demnach fortan ohne politische Unterstützung von oben agieren und die Beteiligung hieran war für Bürgermeister*innen und andere Staatsvertreter*innen in der Regel nicht karrierefördernd, sondern vielmehr mit politischen Risiken verbunden. Erst nach der UNO-Konferenz über nachhaltige Entwicklung, die 20 Jahre nach dem ersten Gipfel 2012 erneut in Rio de Janeiro stattfand, und der Einrichtung einer offenen Arbeitsgruppe zur Erarbeitung der SDGs auf UNO-Ebene veranlasste die Regierung wieder die Erarbeitung einer neuen NSNE für den Zeitraum bis 2030 in Auftrag zu geben.

Die NSNE-2030 wurde im Februar 2015 von der Regierung verabschiedet, d. h. noch vor dem UNO-Nachhaltigkeitsgipfel im September 2015 und damit noch ohne Berücksichtigung der SDGs. Das Dokument sah u. a. die Wiedereinrichtung einer nationalen Nachhaltigkeitskommission vor. Der 2017 schließlich erfolgte Aufbau einer nationalen Nachhaltigkeitsarchitektur geht jedoch weit über die früheren institutionellen Ansätze hinaus (siehe Grafik 1 auf S. 7). So gehören dem neu gebildeten Nationalen Nachhaltigkeitsrat nicht

nur die stellvertretenden Leiter von 31 Ministerien und anderen nationalen Behörden an, sondern auch die stellvertretenden Vorsitzenden der sechs Gebietsexekutivkomitees und der Stadt Minsk. Zudem bildete der Nationale Nachhaltigkeitsrat thematische Untergruppen zur ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimension von Nachhaltigkeit, die jeweils von einem zuständigen stellvertretenden Minister geleitet werden, sowie parlamentarische, zivilgesellschaftliche und regionale Beiräte. Damit wurden in Belarus erstmals institutionelle Voraussetzungen für eine horizontale und vertikale Integration von Nachhaltigkeitspolitik geschaffen.

Neue Vorreiterrolle

Nachdem Nachhaltigkeitsfragen von der belarussischen Führung etwa ein Jahrzehnt lang stiefmütterlich behandelt wurden, mutet diese rasante Entwicklung mehr als erstaunlich an. Ein zentrales Motiv für diese Kehrtwende dürfte darin liegen, dass eine aktive Agenda 2030-Politik gute Chancen für die Verbesserung des internationalen Ansehens des Landes bietet. Für diese Annahme spricht u. a., dass das Sekretariat der Nationalen Nachhaltigkeitskoordinatorin in der Abteilung für multilaterale Beziehungen des belarussischen Außenministeriums angesiedelt wurde. Zu den zentralen Aktivitäten der Nationalen Nachhaltigkeitskoordinatorin im ersten Amtsjahr gehörte neben der bereits erwähnten Berichterstattung beim Hochrangigen Politischen Forum für Nachhaltige Entwicklung die Durchführung eines Regionalen Forums in Minsk im Februar 2018, an dem SDG-Beauftragte aus über 40 Ländern Europas und Eurasiens sowie Vertreter*innen zahlreicher internationaler Organisationen teilnahmen. Anlässlich des Regionalen Forums reiste erstmals die stellvertretende UNO-Generalsekretärin Amina Mohammed nach Belarus.

Das ebenfalls im Nationalen Nachhaltigkeitsrat vertretene Belarussische Statistikamt (Belstat) beteiligte sich auf UNO-Ebene aktiv an der *Inter-agency and Expert Group on SDG Indicators* (IAEG-SDGs) und veröffentlichte Anfang 2018 eine »*Road Map on developing statistics for SDGs*«. Um möglichst viele der 17 globalen Nachhaltigkeitsziele und ihrer 169 Unterziele durch Indikatoren zu erfassen, erstellte Belstat eine nationale Liste von 255 SDG-Indikatoren, von denen 75 % bereits direkt oder über Proxy-Indikatoren erfassbar sind. Die größten Lücken finden sich dabei bei SDG 16 »Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen«, wo für 8 von 23 Indikatoren keine Daten verfügbar sind, sowie SDG 4 »Hochwertige Bildung« (keine Daten für 6 von 13 Indikatoren) und SDG 2 »Kein Hunger« (keine Daten für 5 von 13 Indikatoren). Die *Road Map* und die Nationale Indikatorenliste sind auf der Homepage von Bel-

stat auch auf Englisch zugänglich, eine separate Nationale SDG-Plattform befindet sich im Aufbau.

Das hohe Aktivitätsniveau von Belarus spiegelt sich im *SDG Index and Dashboard Report* der Bertelsmann Stiftung und des *Sustainable Development Solutions Network* (SDSN) von 2018 wider, in dem Belarus mit Rang 24 von 156 erfassten Staaten vor manchem EU-Staat gelistet wird. Dieses gute Abschneiden wäre freilich kaum denkbar, wenn die belarussischen SDG-Aktivitäten nur das Ziel der nationalen Imageverbesserung verfolgen würden. Vielmehr ist erkennbar, dass durch die Agenda 2030 Ansätze zur Verbesserung der politischen Kohärenz in unterschiedlichen Handlungsfeldern sowie zum Ausbau von Partizipationsmöglichkeiten gestärkt werden.

Erweiterter Dialog

Dies zeigt sich u. a. an der Partnerschaftsgruppe des Nationalen Nachhaltigkeitsrats, die offen ist für die Beteiligung aller interessierten Vertreter*innen aus zivilgesellschaftlichen und internationalen Organisationen sowie der Wirtschaft einschließlich Menschenrechtsorganisationen, wie dem Belarussischen Helsinki-Komitee. Die Partnerschaftsgruppe hat eine Beratungsfunktion und verfügt über 4 Koordinator*innen für soziale, ökonomische und ökologische Fragen sowie für Business-Kontakte, welche seit Mitte 2018 als Gäste an den Sitzungen des Nationalen Nachhaltigkeitsrats teilnehmen können. Mitglieder der Partnerschaftsgruppe werden außerdem zu anderen Veranstaltungen der Nationalen Nachhaltigkeitskoordinatorin eingeladen, welche sich ihrerseits an Veranstaltungen von Mitgliedern der Partnerschaftsgruppe beteiligt. Damit bildet sich ein vergleichsweise dichtes Netzwerk an neuen, miteinander verbundenen Dialogplattformen heraus, welches nichtstaatlichen Akteuren zumindest die Möglichkeit bietet, ihre Problemformulierungen und Verbesserungsvorschläge direkt an staatliche Akteure zu adressieren und mit diesen zu diskutieren.

Eine besondere Rolle spielt außerdem der im September 2017 gebildete Gesellschaftliche Rat für die Erarbeitung und Evaluation von Nachhaltigkeitsstrategien, der beim Forschungsinstitut des Wirtschaftsministeriums angesiedelt ist. Als einziges Organ der nationalen Nachhaltigkeitsarchitektur ist dieser Gesellschaftliche Rat sektorenübergreifend aus etwa 30 Vertreter*innen aus staatlichen Behörden, Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft sowie internationalen Organisationen zusammengesetzt. Zu den Ratsmitgliedern gehören u. a. Mitarbeiter*innen des Sekretariats der Nationalen Nachhaltigkeitskoordinatorin und des Statistikamts sowie die Mitglieder der Partnerschaftsgruppe, so dass eine enge Verzahnung mit den anderen Nachhaltig-

keitsinstitutionen möglich ist. Der Gesellschaftliche Rat begleitete bisher insbesondere die Erarbeitung des Analytischen Berichts über die Umsetzung der NSNE-2030 in den Jahren 2016/17, der den ersten belarussischen Fortschrittsbericht seit 2002 darstellt. An der Erstellung des Berichts waren auch zivilgesellschaftliche Expert*innen beteiligt, zudem konnten alle Interessierten den Entwurf des Berichts im August 2018 über die Internetseite des Instituts einsehen und kommentieren.

Infolge ihrer Zugehörigkeit zur Legislative zeigte sich die Nationale Nachhaltigkeitskoordinatorin schließlich auch bestrebt, Abgeordnete aus beiden Parlamentskammern aktiv in die belarussische Nachhaltigkeitspolitik einzubeziehen. Herausragendes Ereignis bildete dabei die Durchführung einer offenen parlamentarischen Anhörung zur Erreichung der SDGs im Dezember 2017, bei welcher unterschiedliche Aspekte der belarussischen Nachhaltigkeitspolitik durch Vertret*innen aus Regierung, Parlament, Regionen, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und internationalen Organisationen beleuchtet wurden. Im Ergebnis formulierte der Rat der Republik umfassende Empfehlungen zur Weiterentwicklung der belarussischen Nachhaltigkeitsarchitektur sowie zu den erforderlichen konkreten Beiträgen unterschiedlicher politischer Akteure. Die Umsetzung dieser Empfehlungen wurde ein Jahr später, im Dezember 2018, durch die Parlamentarische Gruppe des Nationalen Nachhaltigkeitsrats analysiert.

Mehr Politikkohärenz

Zu ihren zentralen Erfolgen zählt die Parlamentarische Gruppe die 2018 verabschiedete Neufassung des Gesetzes über administrative Prozeduren, welches ab 1. Februar 2019 eine Überprüfung aller neuen Gesetzesvorhaben auf ihre Kompatibilität mit den SDGs verbindlich vorschreibt und damit zu mehr Politikkohärenz beiträgt. Zudem werden Ansätze eines nachhaltigen öffentlichen Beschaffungssystems diskutiert. So plant das Umweltministerium bis zum 1. Juli 2019, wenn die Neufassung des öffentlichen Beschaffungsgesetzes in Kraft tritt, eine Liste von Waren und Dienstleistungen zu verabschieden, bei deren Anschaffung »grüne« Kriterien einzuhalten sind. Im Oktober 2018 verabschiedete das Parlament schließlich das – bereits seit über zehn Jahren diskutierte – Gesetz über die Erzeugung von und den Umgang mit organischen Produkten. Bis November 2019 sollen nun endlich die Grundlagen für ein nationales Zertifizierungssystem ökologischer Lebensmittel und anderer Ökoprodukte geschaffen werden.

Dem Ziel der Verbesserung von Politikkohärenz dient außerdem der von dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) entwickelte Prozess zum Mainstreaming und zur Beschleunigung der

Fortschritte bei der Entwicklung der Nachhaltigkeitsziele (*Mainstreaming and Accelerating Progress towards SDGs*, kurz: MAPS). Im Rahmen der im November 2017 durchgeführten MAPS-Mission wurden Belarus vier Akzeleratoren zur Erreichung der SDGs empfohlen: Grüne Transformation für nachhaltiges und inklusives Wachstum, Digitalisierung und soziale Innovationen, Orientierung auf zukünftige Generationen sowie Gendergerechtigkeit. Diese Akzeleratoren, welche insbesondere die Wechselwirkungen zwischen unterschiedlichen SDGs betonen, bilden die Grundlage für die *Road Map* zur Erreichung der SDGs in Belarus, welche sich aktuell noch im Diskussionsprozess befindet. Zu den Aufgaben, die die *Road Map* vorsieht, gehört u. a. auch die Lokalisierung der SDGs.

Auch die neue »Nationale Strategie für nachhaltige Entwicklung bis 2035« (NNHS-2035), die laut Regierungsbeschluss vom Mai 2018 erstmals ohne den Zusatz »sozial-ökonomische« auskommt, soll sich wesentlich an den SDGs und den MAPS-Akzeleratoren orientieren. Die Erarbeitung der Strategie erfolgt in zwei Schritten: bis Dezember 2018 wurde zunächst die Konzeption der NNHS-2035 erarbeitet, die nach einer mehrwöchigen öffentlichen Kommentierungsphase im Februar 2019 in gegebenenfalls überarbeiteter Fassung durch den Ministerrat bestätigt werden soll. Anschließend soll bis Ende 2019 die gesamte Strategie ausgearbeitet werden, welche schließlich Anfang 2020 wiederum vom Ministerrat bestätigt werden soll. Zwecks Erarbeitung der Konzeption initiierte das zuständige Wirtschaftsministerium und sein Forschungsinstitut von Oktober bis Dezember 2018 erstmals eine Serie von Runden Tischen, bei denen sektoren- und branchenübergreifend die zentralen Prioritäten und Schwerpunkte der neuen NNHS diskutiert wurden. Zu den Themen der Runden Tische zählten beispielsweise Forschung und Digitalisierung, Kreislaufwirtschaft, Regionalpolitik sowie die Weiterentwicklung des Bildungs- und des sozialen Versorgungssystems.

Bei den Runden Tischen wurden verhältnismäßig offen die zentralen Herausforderungen diskutiert, vor denen die belarussische Gesellschaft in den nächsten Jahren steht und die vom Staat alleine ohne eine aktive Beteiligung anderer Akteure nicht zu bewältigen sind. Hierzu zählen vor allem der demographische Wandel angesichts einer alternden Gesellschaft und die damit verbundenen zusätzlichen sozialen Belastungen, die beschleunigte technische Entwicklung und die daraus folgende Digitalisierung der Wirtschaft, die zunehmenden Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt und die wachsende soziale Ungleichheit sowie die Zuspitzung der ökologischen Situation. Um diese komplexen Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen, sind – so

der Tenor bei allen Rundtischgesprächen – neue, über das etablierte Ressortdenken hinausgehende politische Instrumente gefragt. So zeichnet sich beispielsweise ein Wechsel in der Regionalpolitik weg von dem Ziel einer gleichmäßigen Entwicklung aller Regionen hin zu einer Fokussierung auf urbane Wachstumszonen ab. Bei den Diskussionen blieb allerdings offen, ob dieser Ansatz geeignet ist, die wachsenden Disparitäten zwischen der Hauptstadt Minsk und dem Rest des Landes zu stoppen oder ob es anderer Ansätze bedarf, um regionale Entwicklungspotenziale zu mobilisieren.

Rolle internationaler Geber

Die hohe Dynamik der Agenda 2030-Prozesse in Belarus in den letzten knapp zwei Jahren wäre kaum vorstellbar ohne ihre Begleitung durch internationale Geber, zu denen insbesondere die UNDP und andere in Belarus vertretene UNO-Organisationen sowie das Förderprogramm Belarus (FpB) der deutschen Bundesregierung gehören. Hierzu gehört nicht nur die (Ko-)Finanzierung zentraler Aktivitäten von staatlichen wie nicht-staatlichen Nachhaltigkeitsakteuren, da hierfür bisher in der Regel keine oder unzureichende Haushalts- oder Eigenmittel zur Verfügung stehen, sondern auch die Beratung bei der Prozessgestaltung sowie die Facilitierung des Dialogs unterschiedlicher Akteure durch auf internationale Expertise und Erfahrungsaustausch gestützte Qualifizierungs- und Vernetzungsmaßnahmen. Die UNDP legte in 2017 sogar ein eigenes Projekt zur Unterstützung der nationalen Nachhaltigkeitskoordinatorin und zur Stärkung der Rolle des Parlaments bei der Erreichung der SDGs auf. UNDP und FpB stimmen dabei viele ihrer Aktivitäten miteinander ab bzw. führen sie gemeinsam durch oder beteiligen sich an den Veranstaltungen der jeweils anderen Organisation. Dies gilt beispielsweise für die Erstellung des Fortschrittsberichts zur NSNE-2030, für die Durchführung von Konferenzen und Studienreisen sowie von Fortbildungsseminaren für Journalist*innen und regionale Initiativen.

Von besonderer Bedeutung für das Potential der aktuellen belarussischen Agenda 2030-Politik ist dabei, dass sowohl UNDP als auch das Förderprogramm Belarus bereits seit mehr als zehn Jahren – und damit auch in der Stagnationsphase der offiziellen belarussischen Nachhaltigkeitspolitik – lokale und regionale Nachhaltigkeitsinitiativen begleitet und dadurch zu einer fortgesetzten Kompetenzentwicklung und Motivation relevanter Akteure im Nachhaltigkeitsbereich beigetragen haben. So hat die UNDP, die bereits die Erstellung der NSNE-1997 und der NSNE-2020 unterstützt hatte, parallel auch Lokale Agenda-Initiativen gefördert. Von besonderer Bedeutung für die Aufrechterhaltung des

lokalen Engagements war dabei die Erarbeitung und Veröffentlichung von zehn lokalen und regionalen Nachhaltigkeitsstrategien in 2010, zu denen neben den Strategien kleiner Dorfräte auch die Strategien von Bezirken, wie Wetka, oder großen Städten, wie Nawapolazk, gehörten. Das FpB führte bereits 2008 einen ersten Fortbildungskurs für Lokale Agenda-Berater durch und initiierte seit 2007 in regelmäßigen Abständen landesweite Aktionswochen und Konferenzen. In 2014 war das FpB in Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. erstmals auch beratend bei der Erarbeitung der NSNE-2030 tätig. Zudem begleitete das FpB jahrelang den Aufbau eines landesweiten Netzwerks von Agenda-Schulen, das sich inzwischen in der Assoziation »Bildung für nachhaltige Entwicklung« zusammengeschlossen hat. An den vierten durch das FpB koordinierten Wochen der nachhaltigen Entwicklung führten belarussische Nachhaltigkeitsakteure zwischen Ende September und Ende Oktober 2017 insgesamt über 150 Veranstaltungen in allen Landesteilen durch. Hieran hatte die Assoziation »Bildung für nachhaltige Entwicklung« mit einer eigenen Bildungsdekade einen erheblichen Anteil.

Perspektiven

Die Ziele der Agenda 2030 sind heute vielerorts im öffentlichen Raum von Belarus sichtbar. Der verbesserten Sichtbarkeit der belarussischen Agenda 2030-Politik diente u. a. die Entwicklung nationaler Logos für die 17 SDGs, die sich an belarussischen Ornament-Motiven orientieren. Plakate mit diesen Logos finden sich beispielsweise auf Plakaten an vielen Orten im Minsker Straßenbild oder in der Minsker Metro, aber auch auf den Websites zahlreicher Exekutivkomitees etc.

Die Bedeutung der belarussischen Agenda 2030-Politik geht jedoch weit über diese Präsenz im öffentlichen Raum hinaus. Durch den Aufbau einer umfassenden Nachhaltigkeitsarchitektur sind neue Dialogforen entstanden, dank derer eine ressort- und sektorenübergreifende Diskussion der langfristigen Entwicklungsstrategie des Landes möglich wird. Welche konkreten Auswirkungen die Agenda 2030-Politik für Belarus mittelfristig haben wird, hängt nicht zuletzt davon ab, welchen Status die neue, Anfang 2020 zu verabschiedende NNHS-2035 erhalten wird. Die Vorgängerstrategien waren bisher von der Regierung stets nur gebilligt worden und hatten daher lediglich deklarativen Charakter. Hingegen soll die neue NNHS-2035 entsprechend den Verlautbarungen der zuständigen Akteure die zentrale Grundlage für die Erarbeitung der neuen Staatsprogramme für den Zeitraum 2021–2025 bilden. Hierzu sollen sich die neuen Staatsprogramme ebenfalls an den SDGs orientieren – und damit auch verstärkt

die mit Hilfe der Programme zu erzielenden Wirkungen benennen.

Zu den aktuellen Aufgaben gehört außerdem die Lokalisierung der SDGs auf Gebiets- und Bezirksebene. Hierfür wurden alle Gebietsexekutivverwaltungen aufgerufen, bis Ende 2018 Vorschläge für eine regionale Indikatorenliste zu erarbeiten, da bisher nur wenige der nationalen Indikatoren regional desaggregiert werden können. Dies bedeutet für die Gebiete zugleich eine Chance, spezifische regionale Entwicklungsprioritäten zu entwickeln. Denn der regionale Indikatorenset ist nur ein erster Schritt für die geplante Erarbeitung von regionalen Nachhaltigkeitsstrategien, wobei die 2015 mit Unterstützung der EU erarbeiteten, aber seinerzeit nicht offiziell verabschiedeten Gebietsstrategien eine gute Ausgangsbasis liefern. Ihre volle Wirksamkeit werden diese Ansätze jedoch erst dann entfalten können, wenn sie durch neue regionale Selbstverwaltungsinstrumente und eine entsprechende regionale Haushaltsplanung ergänzt werden. Dank der Agenda 2030 werden Ansätze, wie Bürgerhaushalte und Genderbudgetierung, inzwischen auch in Belarus zumindest diskutiert.

Den jüngsten Höhepunkt der belarussischen Agenda 2030-Politik bildete die von den UN-Strukturen in Belarus unterstützte Durchführung des ersten Nationalen Nachhaltigkeitsforums am 24. Januar 2019 in Minsk. Als Großveranstaltung mit über 400 Teilnehmer*innen bot das Forum freilich nur wenig Raum für eingehende Debatten. Zudem fanden sich unter den 20 Redner*innen mit dem Vorsitzenden des Mahiljower Gebietsrats und dem stellvertretenden Vorsitzen-

den des Brester Gebietsexekutivkomitees lediglich zwei nicht aus Minsk oder der Minsker Umgebung stammende Personen – obwohl etwa ein Drittel der Teilnehmer*innen aus den Regionen kamen. Angesichts der hochrangigen politischen Beteiligung auf Ebene der Präsidentschaft, der Regierung und der Nationalversammlung sowie der großen Medienresonanz demonstrierte das Forum daher vor allem die aktuelle Bedeutung der Agenda 2030-Politik als zentrale, längerfristige Planungsgrundlage der belarussischen Führung. Damit gab es ein wichtiges Signal der Ermutigung für alle Nachhaltigkeitsakteure, sich weiter für die Agenda 2030 zu engagieren und die damit verbundenen Chancen zur Erweiterung von Partizipation sowie zur Erzielung von konkreten Verbesserungen in den Handlungsfeldern der SDGs zu nutzen.

Unterstrichen wurde dies bei einem Runden Tisch zur weiteren Arbeit an der NSNE-2035, der bereits einen Tag nach dem Nationalen Forum am 25. Januar 2019 in Minsk stattfand, durch die Ankündigung des Wirtschaftsministeriums, im Laufe des Jahres 2019 methodische Empfehlungen für die Erarbeitung regionaler Nachhaltigkeitsstrategien zu erarbeiten und dementprechende Pilotprojekte zu unterstützen. Die Agenda 2030 könnte damit nicht nur zu einem Katalysator für die Kooperation von Belarus mit internationalen Organisationen und auf zwischenstaatlicher Ebene werden, sondern auch neue Impulse für die Kooperation belarussischer Kommunen und Regionen mit internationalen Partnern geben.

Über die Autorin:

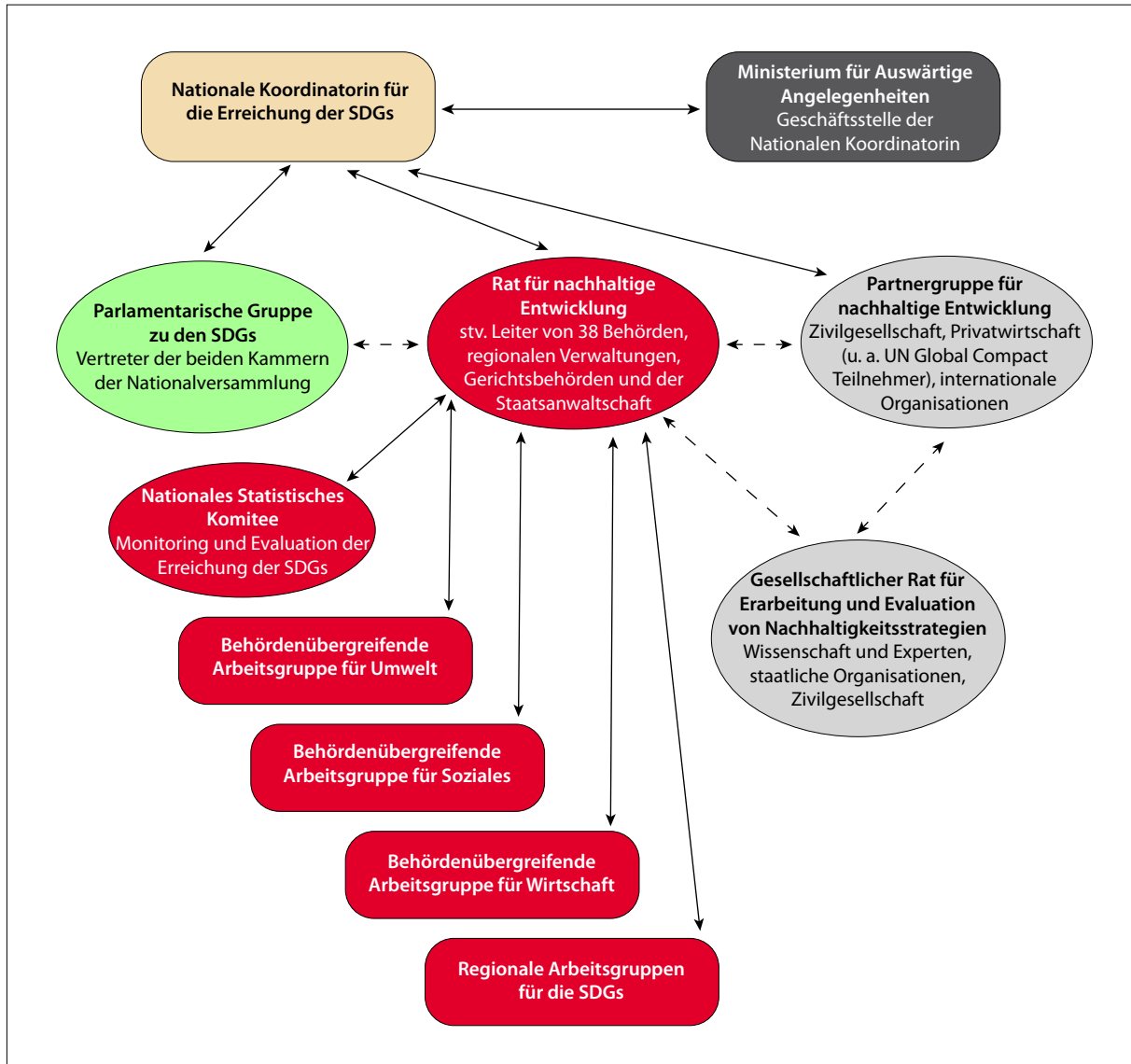
Dr. Astrid Sahm ist Politikwissenschaftlerin und derzeit als Geschäftsführerin der Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks (IBB) gGmbH in Dortmund tätig. In dieser Eigenschaft koordiniert sie auch das Förderprogramm Belarus der deutschen Bundesregierung, welches IBB im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) umsetzt.

Lesetipps:

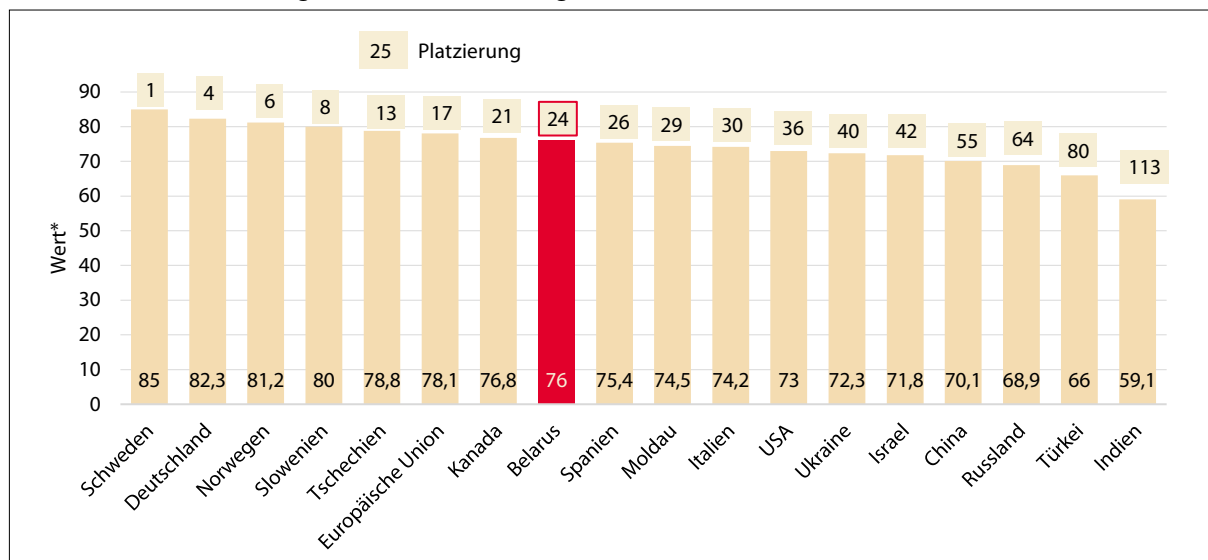
- Belstat (Hg.): The Roadmap of the National Statistical Committee of the Republic of Belarus on developing statistics on the Sustainable Development Goals, Minsk 2018, <http://www.belstat.gov.by/en/ofitsialnaya-statistika/sustainable-development-goals/>
- Ministerstwo inostrannykh del Respubliki Belarus: Dostizhenie zelej ustojtschiwogo raswitija, <http://mfa.gov.by/multilateral/sdg/>
- Sustainable Development Solutions Network / Bertelsmann Stiftung (Hg.): 2018 SDG Index and Dashboards Report, <http://sdgindex.org/>
- UNDP Belarus: Support to the National Coordinator on Implementation of Sustainable Development Goals and Strengthening the Role of the Parliament in the Implementation of Sustainable Development Goals. Project description, http://www.by.undp.org/content/belarus/en/home/operations/projects/democratic_governance/ParlSDGs.html
- Aktuelle Informationen zur belarussischen Nachhaltigkeitspolitik finden sich in Russisch und Englisch auf der Homepage <http://sdgs.by/> und im Twitter-Account SDGs in Belarus (@SDGs_BY).

Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) in Belarus

Grafik 1: Steuerungsarchitektur zur Erreichung der Ziele für Nachhaltige Entwicklung (SDGs) in Belarus



Quelle: Grafik erstellt von der Redaktion der Belarus-Analysen, nach einer Grafik in »Doroshnaja Karta Nazionalnogo statistitscheskogo komiteta Respubliki Belarus po rasrabotke statistiki po Zeljam ustojtschiwogo raswitija«, Minsk 2018, S. 8, http://www.belstat.gov.by/upload-belstat/upload-belstat-image/SDG/Road_map_ru.pdf

Grafik 2: Belarus im Vergleich: SDG Index Ranking und Scores (2018)

*0 bis 100: Ein höherer Wert bedeutet ein besseres Ergebnis

Quelle: SDG INDEX AND DASHBOARDS REPORT 2018, G20 SUMMARY, S. 7, <http://sdgindex.org/assets/files/2018/01%20SDGS%20G20%20Summary%202018%20WEB%20V6%20110918.pdf>

Tabelle 1: SDG-Werte und Dynamik nach Zielen für nachhaltige Entwicklung in Belarus (2018)

	Wert*	Dynamik
SDG 1: Armut beenden	99,9	→
SDG 2: Ernährung sichern	59,5	↗
SDG 3: Gesundes Leben für alle	81,4	↗
SDG 4: Bildung für alle	83,4	↑
SDG 5: Gleichstellung der Geschlechter	82,1	↑
SDG 6: Wasser und Sanitärversorgung für alle	95,4	k. A.
SDG 7: Nachhaltige und moderne Energie für alle	83,4	↗
SDG 8: Nachhaltiges Wirtschaftswachstum und menschenwürdige Arbeit für alle	79,1	↑
SDG 9: Widerstandsfähige Infrastruktur und nachhaltige Industrialisierung	31,5	k. A.
SDG 10: Ungleichheit verringern	85,9	k. A.
SDG 11: Nachhaltige Städte und Siedlungen	81,1	→
SDG 12: Nachhaltige Konsum- und Produktionsweisen	82,1	k. A.
SDG 13: Sofortmaßnahmen ergreifen, um den Klimawandel und seine Auswirkungen zu bekämpfen	91,1	↓
SDG 14: Bewahrung und nachhaltige Nutzung der Ozeane, Meere und Meeresressourcen	nicht relevant	k. A.
SDG 15: Landökosysteme schützen	70,2	↑
SDG 16: Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen	67,9	k. A.
SDG 17: Umsetzungsmittel und globale Partnerschaft stärken	59,5	↓

→ Bewahrung der SDG-Ergebnisse: Wert bleibt auf oder über dem SDG-Ergebnis

↑ Moderate Steigerung: Wert steigt geringer als notwendig, um die SDG bis 2030 zu erreichen, steigt allerdings um über 50% der benötigten Rate

↗ On track: Wert steigt wie benötigt, um die SDG bis 2030 zu erreichen

→ Stagnation: Wert bleibt unverändert oder steigt unter 50% der benötigten Rate, um die SDG bis 2030 zu erreichen

↓ Rückgang: Wert sinkt

*0 bis 100: Ein Höherer Wert bedeutet ein besseres Ergebnis

Quelle: SDG INDEX AND DASHBOARDS REPORT 2018, G20 AND LARGE COUNTRIES EDITION, S. 23, S. 69, <http://sdgindex.org/assets/files/2018/00%20SDGS%202018%20G20%20EDITION%20WEB%20V7%20180718.pdf>

Potenziale für Klimaschutz und ökologische Modernisierung in Belarus

Robert Sperfeld (Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin)

Zusammenfassung

Belarus konnte die Energieintensität seiner Wirtschaft bereits vergleichsweise stark reduzieren. Effizienz ist ein strategisches Ziel, das mit konkreten Maßnahmen hinterlegt wurde. Dennoch zeigt das Land im Rahmen des Pariser Klimaabkommens nur wenig Ambitionen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen. Die im Oktober 2018 präsentierte Studie »Energy [R]evolution Scenario Belarus« entwirft einen ökonomisch tragfähigen Entwicklungspfad für eine weitgehende Dekarbonisierung des Landes im Einklang mit den globalen Klimazielen.

Belarus war einer der ersten Unterzeichner-Staaten der Pariser Klimavereinbarungen von 2015, mit denen sich die Weltgemeinschaft dem Ziel der Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf 1,5 Grad Celsius verschrieben hat. Der jüngste Bericht des »Intergovernmental Panel on Climate Change« (IPCC) warnt vor katastrophalen Folgen einer Überschreitung dieser Marke und fordert eine Senkung der globalen Treibhausgas-Emissionen bis 2030 um 45 Prozent bzw. bis 2050 auf Netto-Null. Welchen Beitrag möchte und kann Belarus leisten?

Hintergrund

Durch den Zusammenbruch der Sowjetunion und den folgenden ökonomischen Kollaps hatten sich die Treibhausgas-Emissionen von Belarus in der ersten Hälfte der 1990er Jahre um mehr als 40 Prozent reduziert. Zwischen 2002 und 2013 stiegen die Emissionen zwar wieder um gut 20 Prozent an, der Zuwachs blieb aber deutlich unter dem der Wirtschaftsleistung, die sich im selben Zeitraum ungefähr verdoppelte. Entsprechend verringerte sich die Energie- und Kohlenstoffintensität der Volkswirtschaft erheblich – jetzt liegt sie nur noch anderthalbmal so hoch wie im Durchschnitt der OECD-Länder. Auch dank gezielter Maßnahmen zur Effizienzsteigerung steht Belarus damit heute besser da als etwa die Nachbarn Russland und Ukraine. Die Stromerzeugung basiert ohnehin fast ausschließlich auf dem im Vergleich zur Kohle klimafreundlicheren Erdgas. Die CO₂-Emissionen pro Kopf lagen 2014 bei 6,7 Tonnen, gegenüber 11,8 in Russland, 8,9 in Deutschland und 7,5 in Polen.

Die »Nationale Nachhaltigkeitsstrategie« und das »Energiesicherheitskonzept« von Belarus (beide von 2015) fixieren die wichtigsten energiepolitischen Zielsetzungen und Indikatoren. Der Anfang 2017 bestätigte Aktionsplan zur Umsetzung der Pariser Klimavereinbarungen sieht die Aufstellung eines klimapolitischen Rechtsrahmens bis 2020 vor, nachfolgend zum bestehenden Maßnahmenplan zur Reduzierung der Folgen des

Klimawandels für den Zeitraum 2012–2020. Ebenso sollen Programme für die Entwicklung der wichtigsten Wirtschaftssektoren im Zeitraum 2020 bis 2030 erarbeitet werden, die Maßnahmen zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen festlegen sollen. Ferner sind die Ausarbeitung einer Dekarbonisierungsstrategie bis 2050 und eines »Nationalen Aktionsplanes« zur Anpassung an den Klimawandel geplant. Die Verringerung der Energieintensität ist ein strategisches Ziel im Energiesicherheitskonzept. Das »Nationale Energieeffizienzprogramm« konkretisiert die Umsetzung, beispielsweise mit klaren Indikatoren für die Modernisierung von Industrieanlagen und zur Verringerung der Verluste in (Fern-)Wärmeleitungen. Nationale technische Standards werden vielfach analog zu EU-Regularien festgelegt.

In dem gemäß dem Pariser Abkommen eingereichten »Nationalen Beitrag« (NDC) von Belarus zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen bietet das Land eine Senkung um 28 Prozent bis 2030 an, bezogen auf das Emissionsniveau des Jahres 1990. Allerdings lagen die Emissionen im Jahr 2014 nur bei rund 66 Prozent des Niveaus von 1990, so dass das Ziel faktisch eine deutliche Steigerung der Emissionen ermöglichen würde und damit als vollkommen ambitionslos eingestuft werden kann. Umso mehr, als die genannten Dokumente andererseits sogar ein deutliches Potenzial für eine mögliche Steigerung der Energieeffizienz erkennen lassen. Komplett vernachlässigt bleibt der Ausbau der Erneuerbaren Energien, die bis zum Jahr 2030 lediglich einen Anteil von 8 Prozent (bzw. 9 Prozent bis 2035) am Primärenergiebedarf decken sollen.

Einzelne Problempunkte

Die belarussische Klimadiplomatie verweist vor allem auf die eigene ökonomische Schwäche und fehlende Finanzmittel, um die modernste verfügbare Technologie nutzen und somit ambitioniertere Ziele erreichen zu können. In seiner Rede auf der Kattowitzer Klimakonferenz im Dezember 2018 forderte der belarussische Umweltminister Andrei Khudyk Zugang zu den Fonds,

die im Rahmen des Pariser Abkommens für die Entwicklungsländer zur Verfügung gestellt werden. Hier scheint Belarus also zu pokern, obwohl man im Rahmen des Kyoto-Protokolls seinerzeit mit einer ähnlichen Strategie auch schon gescheitert war und am Ende keinen Zugang zu den flexiblen Mechanismen bekam. Allerdings ist Belarus in der Klimakonvention von Kyoto ein »Annex1-Land«, also eines der Industrie- und Transformationsländer, die die größten Anstrengungen unternehmen sollen.

Für die belarussische Zivilgesellschaft nahm unter anderem Anastassia Bekisch an der Konferenz in Kattowitz teil. Die Klimapolitik-Expertin des »Belarussischen Grünen Netzwerks«, einer Koalition von Umweltorganisationen und Aktivisten, kritisierte, die Regierung habe ihre kompetenten Experten gar nicht erst nach Kattowitz entsandt und keine konstruktive Haltung gezeigt. Statt nur Geld zu fordern, solle man lieber proaktiv vorgehen, dann bestünde auch Zugang zu entsprechenden Investitionsfonds, etwa jenen der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung.

Der Elefant im Raum der Energiewirtschaft in Belarus ist zweifelsohne das neue Atomkraftwerk in Ostrowez, dessen erster Block mit einer Kapazität von 1,2 Gigawatt bereits 2019 ans Netz gehen könnte. Ein zweiter ebensogroßer Block soll etwas später folgen. Die Reaktoren werden mit 18 Mrd. Kilowattstunden pro Jahr ungefähr die Hälfte des aktuellen jährlichen Stromverbrauchs des Landes generieren. Ein gigantischer Überschuss würde entstehen. Die Nachfrage liegt dank der gestiegenen Effizienz aber auch aufgrund der Wirtschaftskrise 2014–2016 weit unter den anfänglichen Prognosen. Die derzeit allein durch Gaskraftwerke installierte Leistung von 10 Gigawatt mit einer Stromerzeugung von 36 Mrd. Kilowattstunden pro Jahr wäre vollkommen ausreichend. Gasbasierte Stromerzeugung kann andererseits auch nur zu einem kleinen Teil durch Atomkraft ersetzt werden, da sie flexibler und in vielen Fällen mit der Wärmeversorgung verknüpft ist.

Aus dieser Situation erklären sich die geringen Ambitionen beim Ausbau erneuerbarer Energien. Zusätzliche Stromerzeugung, etwa aus Windkraft oder Photovoltaik, würde den Stromüberschuss noch vergrößern. Ein Kabinettsbeschluss der belarussischen Regierung deckelte 2015 mit sehr niedrigen Quoten den weiteren Ausbau von Wind und Solarenergie. Nun droht Belarus beim Ausbau der erneuerbaren Energien im globalen Vergleich den Anschluss zu verlieren. Dass Wind und Solar global immer billiger werden, ist hier zunächst nicht hilfreich, da die vielen Milliarden für das AKW ja bereits ausgegeben wurden und der Staat für die Bedienung der russischen Kredite zum Bau des Kraftwerks garantiert. Das eigentliche strategische Ziel zur Erhöhung

der Energiesicherheit wird mit dem AKW zudem nur teilweise erreicht. Zwar dürfte relativ die Abhängigkeit vom wichtigsten Energieträger Erdgas (und von dessen Weltmarktpreis) sinken. In Bezug auf die Brennstäbe des AKW ist Belarus aber ebenso wie beim Erdgas auf Lieferungen aus Russland angewiesen. Eine Diversifizierung der Lieferquellen gelingt somit nicht.

Energy [R]evolution Szenario

Nach anderthalb Jahren Diskussionen und Modellierungen wurde im Oktober 2018 in Minsk die Studie »energy [r]evolution – A Sustainable Belarus Energy Outlook« präsentiert. Auf Initiative des belarussischen »Grünen Netzwerks« (»Seljonaja Set«), einem Zusammenschluss von Umweltorganisationen und Aktivisten, und mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung berechnete das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) ein Szenario, wie Belarus bis zum Jahr 2050 seine Wirtschaft und seine Energieversorgung im Einklang mit den Pariser Klimazielen weitestgehend dekarbonisieren könnte.

Im Ergebnis kommt die Untersuchung zu dem Schluss, dass eine derartige Transformation der Wirtschaft technisch und ökonomisch sinnvoll umsetzbar wäre. Dabei würde sich – unter der Annahme eines Wirtschaftswachstums von 2,25–3,25 Prozent pro Jahr – der Energieverbrauch bis 2050 im Vergleich zu 2014 dank steigender Effizienz um 24 Prozent reduzieren. Die Erneuerbaren erhielten bis 2030 einen Anteil von 26,6 Prozent an der Primärenergieversorgung, bis 2050 könnten 80 Prozent erreicht werden. Dafür würden der Transport- und der Wärmesektor teilweise elektrifiziert und der Stromverbrauch würde sich bis 2030 um 43 Prozent erhöhen und sich bis 2050 sogar verdoppeln. Dank steigender Effizienz und dem Ersatz fossiler Brenn- und Treibstoffe ließen sich so die CO₂-Emissionen bis 2030 auf 38 Prozent und bis 2050 auf 7 Prozent des Niveaus von 1990 reduzieren. Mit 2 Mrd. US-Dollar pro Jahr müsste für diesen Umbau der Volkswirtschaft deutlich mehr investiert werden als im Vergleichsszenario, in dem von einer bloßen turnusmäßigen Erneuerung der heutigen Energieinfrastruktur mit mäßiger Effizienzsteigerung ausgegangen wird. Dieser Mehrbedarf an Investitionsmitteln würde jedoch durch die Einsparung von Importen fossiler Energieträger vollständig kompensiert. Nicht zuletzt ließe sich mit der Orientierung auf weitgehend lokal generierte erneuerbare Energie die Energiesicherheit des Landes deutlich verbessern. Über 60 Prozent der erneuerbaren Stromerzeugung käme aus Solarenergie, knapp 30 Prozent aus Wind, der Rest hauptsächlich aus Biomasse. Die Kalkulation für 2050 enthält keinen Atomstrom, da in der Studie von einer Abschaltung des Kraftwerks nach 30 Jahren Laufzeit ausgegangen wird.

Wie in jeder längerfristigen Projektion sind die Annahmen für die fernere Zukunft natürlich mit einigen Unsicherheiten behaftet. Der Vergleich mit anderen globalen Szenarien zeigt aber, dass in der vorliegenden Untersuchung eher konservativ gerechnet wurde. So hält die Studie »Global Energy System based on 100% Renewable Energy – Power Sector« der finnischen Lappeenranta University of Technology von 2017 sogar eine sichere Stromversorgung von 100 Prozent auf Basis von Erneuerbaren im Jahr 2050 für technisch machbar und ökonomisch vorteilhaft, während im »Energy [R] Evolution Belarus Szenario« lediglich 92 Prozent angenommen werden und ein Erdgasanteil zum Ausgleich in besonders lang anhaltenden wind- und lichtarmen Zeiten des Jahres verbleibt. Auch wurden keine Preise für CO₂ eingerechnet. Kämen diese zum Gaspreis hinzu, so würde das [R]Evolution Szenario im Kostenvergleich noch günstiger abschneiden. Nicht berechnet wurden außerdem mögliche Importe von möglicherweise preiswerterem erneuerbaren Strom etwa aus der Ostseeregion.

Ausblick

Im Bereich der Steigerung der Energieeffizienz verfolgt Belarus zumindest im Regionalvergleich eine konsequente und konstruktive Politik. Die Ziele der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, der Energiesicherheit und des Klimaschutzes können auf diesem Gebiet gleichermaßen erreicht werden. Weitere Potenziale verbleiben, v. a. im Wohnungssektor – dessen ist man sich in Belarus bewusst. Die Herausforderung besteht in der Mobilisierung der notwendigen Ressourcen für ein ambitioniertes weiteres Vorgehen. Dies betrifft nicht nur die Finanzierung, sondern auch das Know-How der Beteiligten. Eine positive Dynamik ist hierfür entstanden. So ist zum Beispiel das belarussische Städtetzwerk im Rahmen der gesamteuropäischen Initiative »Konvent der Bürgermeister für Klima und Energie« in den letzten beiden Jahren deutlich gewachsen, und viele Aktivitäten sind in Gang gekommen.

Das neue Atomkraftwerk generiert für die nächsten Jahre einen Überschuss bei der Stromerzeugung im Land. Aus Klimaschutzsicht wären die gigantischen Investitionen für das Kraftwerk weit besser angelegt gewesen, wenn sie in Effizienz und Erneuerbare geflossen wären. In der jetzigen Situation wird dadurch der nötige Ausbau der global so sehr boomenden Erneuerbaren in Belarus abgebremst. Die Staatsfinanzen sind durch die Kreditverpflichtungen gegenüber Russland belastet. Prinzipielle Vorbehalte gegen Atomkraft aufgrund ungelöster Sicherheits- und Entsorgungsfragen seien an dieser Stelle ausgeklammert.

Wie die Energy [R]Evolution-Studie aufzeigt, wird für einen klimafreundlichen Entwicklungspfad mittel-

fristig aber ohnehin mehr Strom benötigt, um damit v. a. Öl als Energieträger für Transport zu ersetzen. Die in Belarus zuletzt verstärkt geführte Debatte um Elektromobilität und Elektrifizierung von Bussen kann also durchaus als pragmatischer Ansatz verstanden werden, mit der Ausgangslage umzugehen. Die Distanzen innerhalb des Landes sind nicht übermäßig groß, so dass die Reichweitenfrage von Elektroautos weniger problematisch scheint als in anderen Ländern. Erste Programme zum Aufbau der nötigen Infrastruktur für Elektromobilität wurden gestartet. Aus Klimaschutzsicht noch wirksamer sind Maßnahmen zur weiteren Elektrifizierung von Bussen und Bahnen, die Mobilität ressourcenschonender anbieten können als Pkw. So waren 2016 nur 21 Prozent der Bahnstrecken im Land elektrifiziert. In den Städten bergen Erweiterungen von Straßenbahn- und Trolleybussystemen großes Potenzial, nicht nur für Einsparungen von Dieserverbrauch, sondern auch für die Verbesserung der Luftqualität. Know-How sowohl für den Bau von Trolley- als auch von rein batteriebetriebenen Bussen ist beim belarussischen Hersteller »Belkommunmasch« vorhanden. Bereits im Frühjahr 2019 werden weitere neue Elektrobusse an die Minsker Verkehrsbetriebe übergeben. Belarus hat damit im Prinzip also gute Voraussetzungen für eine Vorreiterposition auf dem Gebiet, wenn die Verkehrspolitik insgesamt die Förderung des öffentlichen Verkehrs und des Eisenbahnwesens zur Priorität gegenüber dem Individual- und dem Straßengüterverkehr macht.

Ein erheblicher Wandel von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung wird auch auf die Industrie zukommen, die sehr auf die Weiterverarbeitung von importiertem Öl- und Gas und deren Reexport ausgerichtet ist. Sofern die EU die Dekarbonisierung ihrer Wirtschaft vorantreibt werden hier die Absatzmengen tendenziell schrumpfen.

Die wenig ambitionierte Haltung von Belarus im Pariser Klimaprozess, die bis 2030 sogar Emissionssteigerungen vorsieht, hat mutmaßlich v. a. taktische Gründe, um für spätere Verschärfungen der Klimaziele durch Entgegenkommen einen Zugang zum internationalen Klimafinanzierungsfonds herausverhandeln zu können. Schon mit der bloßen Fortschreibung bestehender Maßnahmen zur Verringerung der Energieintensität würden sich die Treibhausgasemissionen im Referenzszenario der Modellierung des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt bis 2030 im Vergleich zu 2014 nicht erhöhen. Die Energy [R]Evolution Studie entwirft ambitionierte Pfade in Richtung größerer Nachhaltigkeit, höherer Energiesicherheit und effektiverem Klimaschutz. Sie versteht sich als Beitrag für die so wichtige Modernisierungsdebatte im Land.

Informationen über den Autor und einen Lesetipp finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor

Robert Sperfeld ist Referent im Team Ost- und Südosteuropa der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin. Er absolvierte mit Diplom ein Studium der Verwaltungswissenschaften an der Universität Potsdam, mit Studienaufenthalten in St. Petersburg, Tel Aviv und Maseru (Lesotho). Im Jahr 2015 leitete er interimweise das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Kiew. Sein Arbeitsschwerpunkt ist die Klima- und Energiepolitik in Ost- und Südosteuropa.

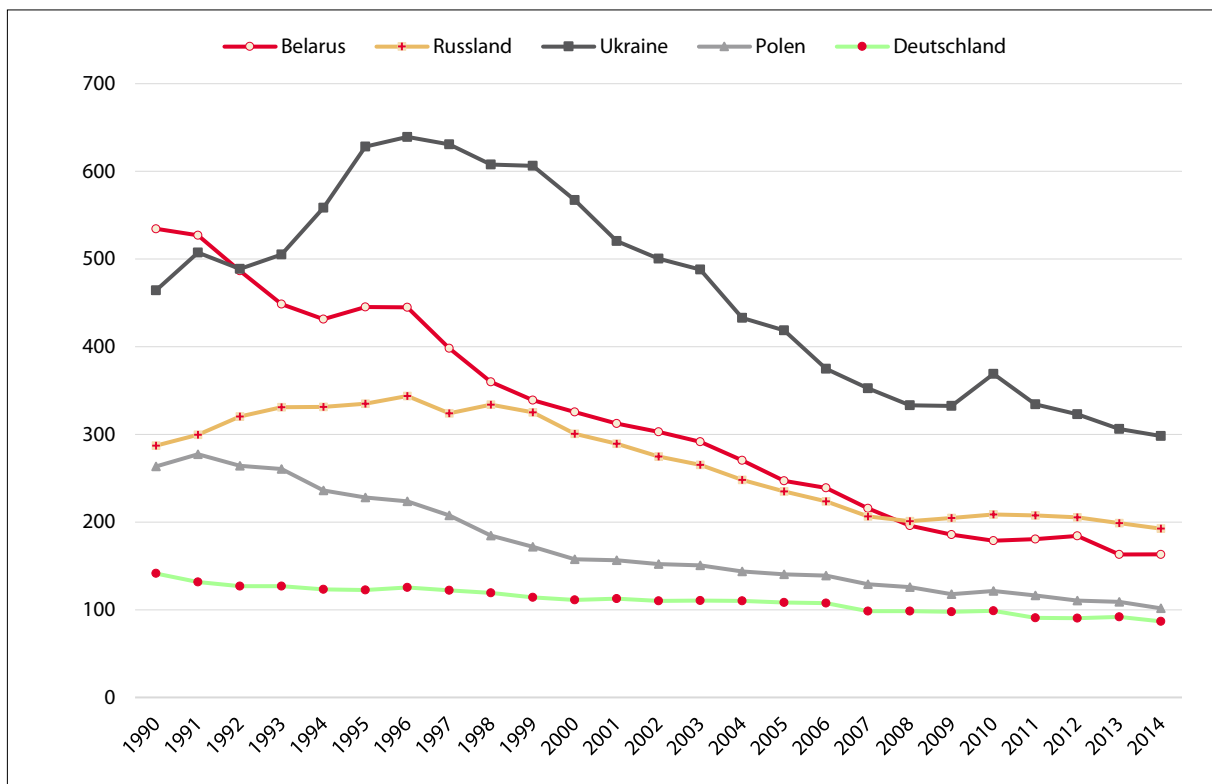
Lesetipp

Energy [R]Evolution. A Sustainable Belarus Energy Outlook. Heinrich Böll Foundation, 2018, <https://ua.boell.org/en/2019/01/30/energy-revolution-sustainable-belarus-energy-outlook>

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

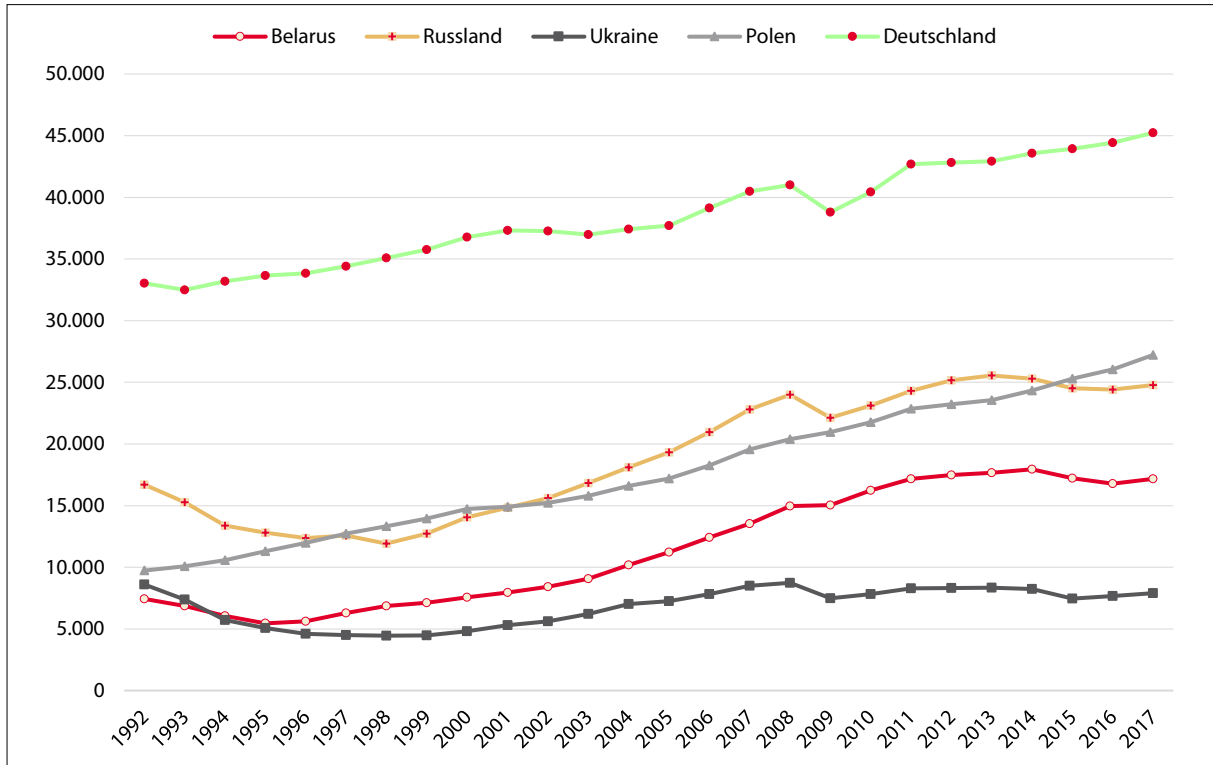
Energieverbrauch und Emissionen in Belarus

Grafik 1: Intensität des Energieverbrauchs in Belarus im Vergleich (kg ÖE/1000 USD des BIP, nach Jahren)



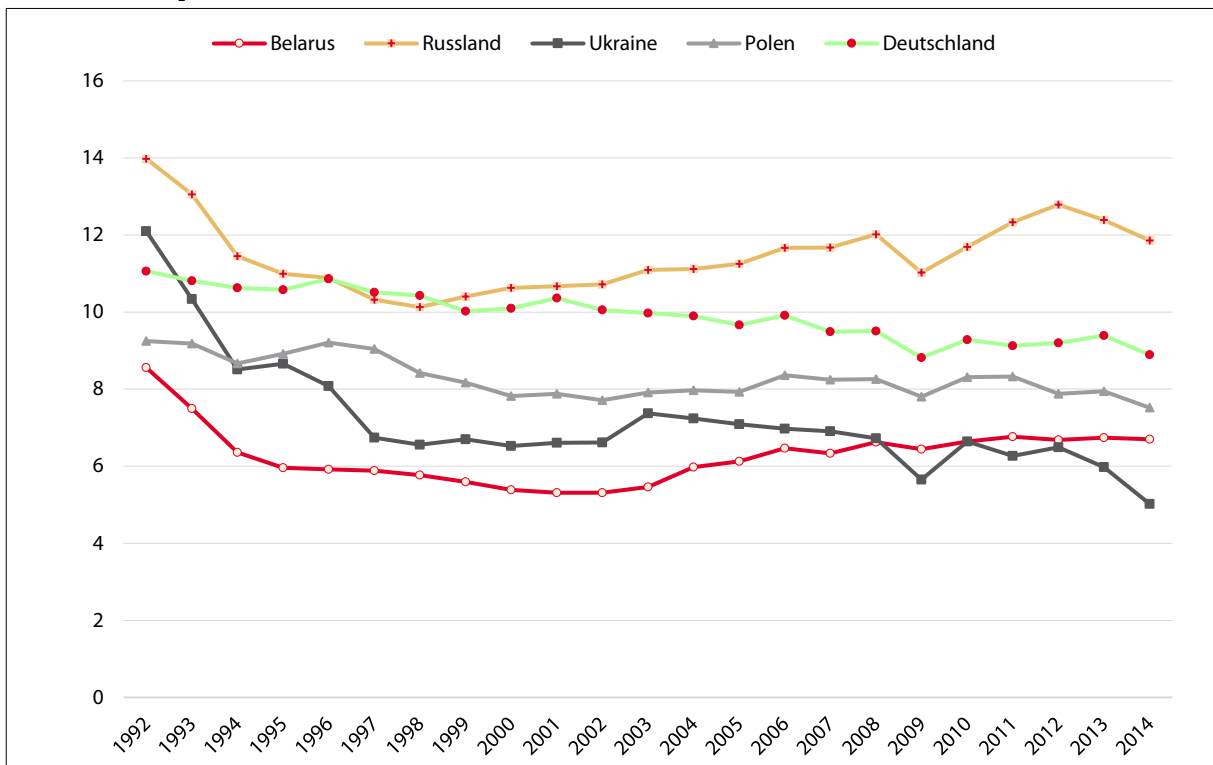
Quelle: Energy use (kg of oil equivalent) per \$1,000 GDP (constant 2011 PPP), <https://data.worldbank.org/indicator/EG.USE.COMM.GD.PP.KD?locations=BY-RU-UA-DE-PL>

Grafik 2a: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Belarus im Vergleich (in internationalen Dollar, nach Jahren)

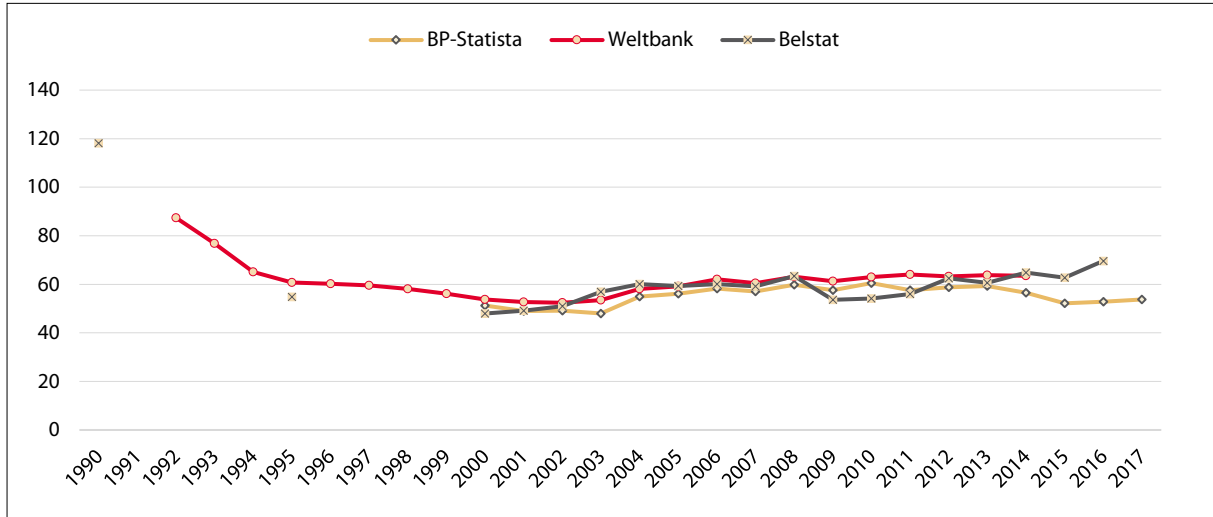


Quelle: GDP per capita, PPP (constant 2011 international \$), <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.PCAP.PP.KD?locations=BY-RU-UA-DE-PL>

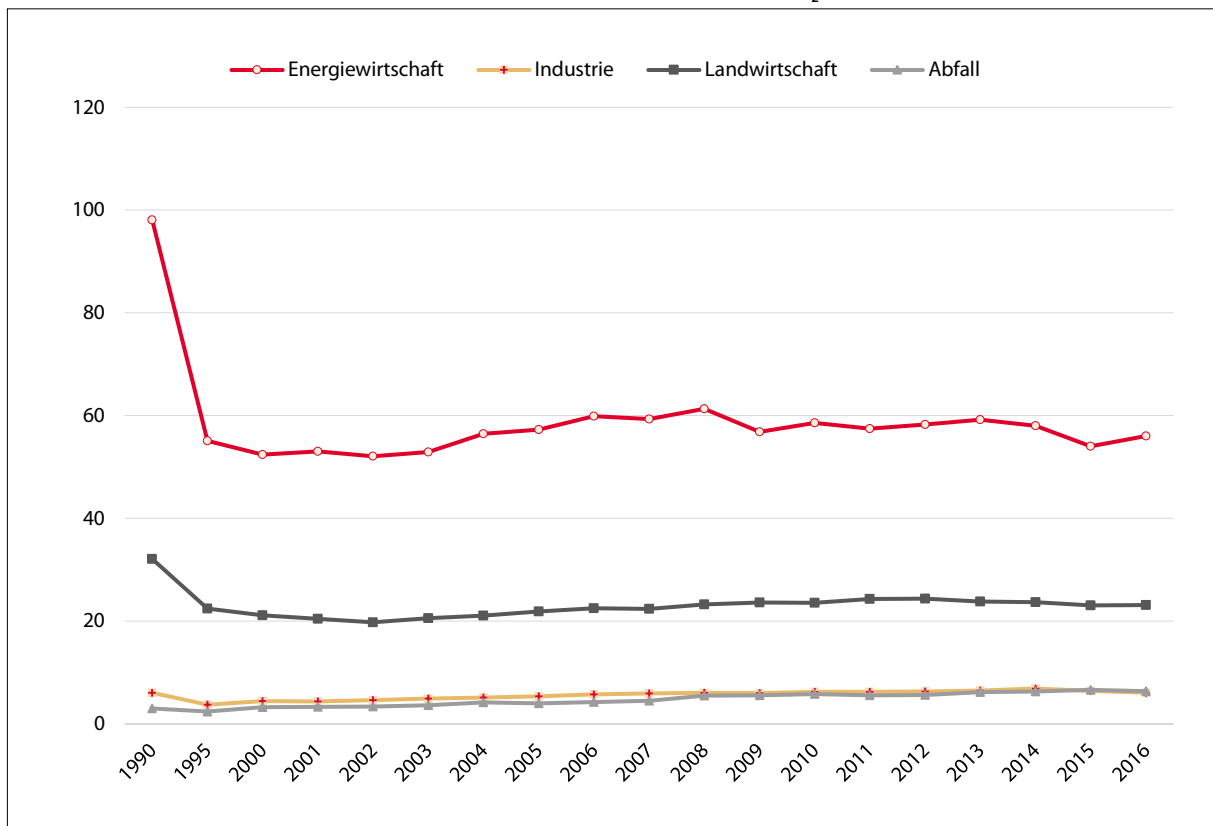
Grafik 2b: CO₂-Emissionen in Belarus im Vergleich (Tonnen pro Kopf, nach Jahren)



Quelle: CO₂ emissions (metric tons per capita), <https://data.worldbank.org/indicator/EN.ATM.CO2E.PC>

Grafik 2c: CO₂-Emissionen in Belarus (in Mio. t, nach Jahren; Daten von BP, Weltbank und Belstat)

Quellen: BP-Statista: BP. (n.d.). Carbon Dioxide emissions in Belarus from 2000-2016 (in million metric tons of CO₂). In Statista - The Statistics Portal. Retrieved February 6, 2019, from <https://www.statista.com/statistics/449507/co2-emissions-belarus/>; Weltbank: CO₂ emissions (kt), <https://data.worldbank.org/indicator/EN.ATM.CO2E.KT>; Belstat: <http://www.belstat.gov.by/en/ofitsialnaya-statistika/macroecconomy-and-environment/okruzhayuschaya-sreda/the-shared-environmental-information-system/b-slimate-change/b3-greenhouse-gas-emissions/>.

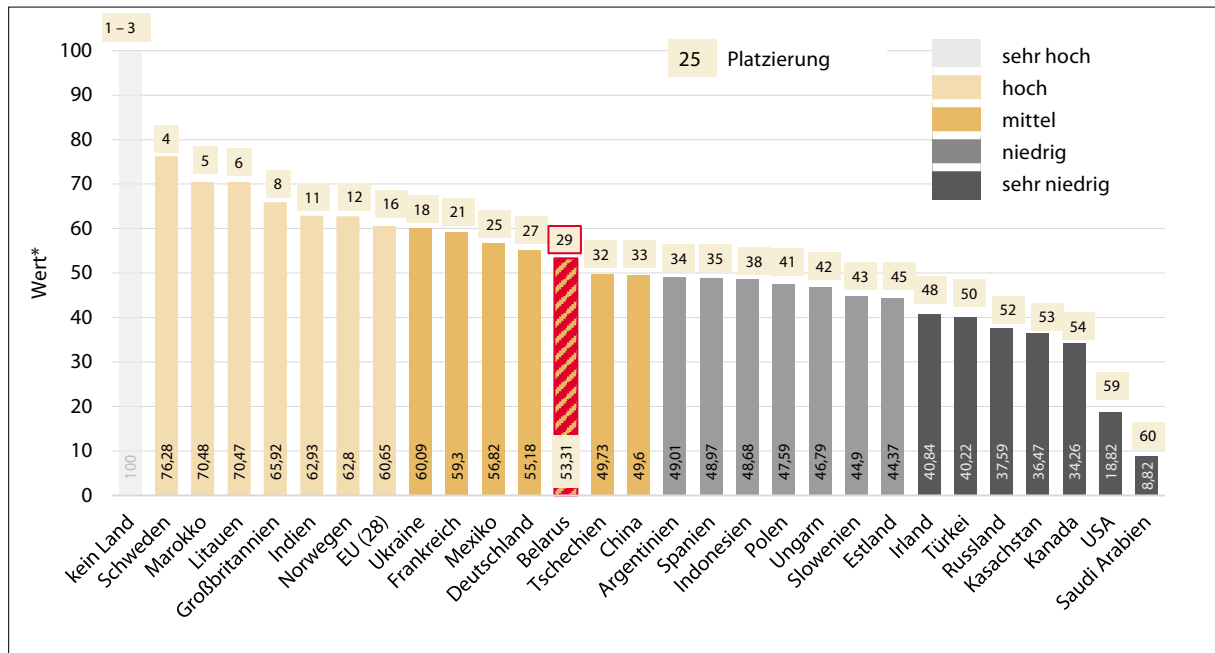
Grafik 3: Treibhausgasemissionen in Belarus nach Sektoren* (in Mio. t. CO₂-Äquivalent/Jahr; nach Jahren)

* ohne Bodennutzung, Veränderungen in der Bodennutzung und Waldwirtschaft

Quelle: Wremennyje rjady dannyh po pokazateljam sa period 1990-2016 gg., Tabliza B-3: Wybrosy parnikowych gasow, <http://www.belstat.gov.by/ofitsialnaya-statistika/makroekonomika-i-okruzhayushchaya-sreda/okruzhayuschaya-sreda/sovместnaya-sistema-ekologicheskoi-informatsii2/b-izmenenie-klimata/b-3-vybrosy-parnikovyh-gazov/>

Belarus im Klimaschutz-Index 2019 (Climate Change Performance Index)

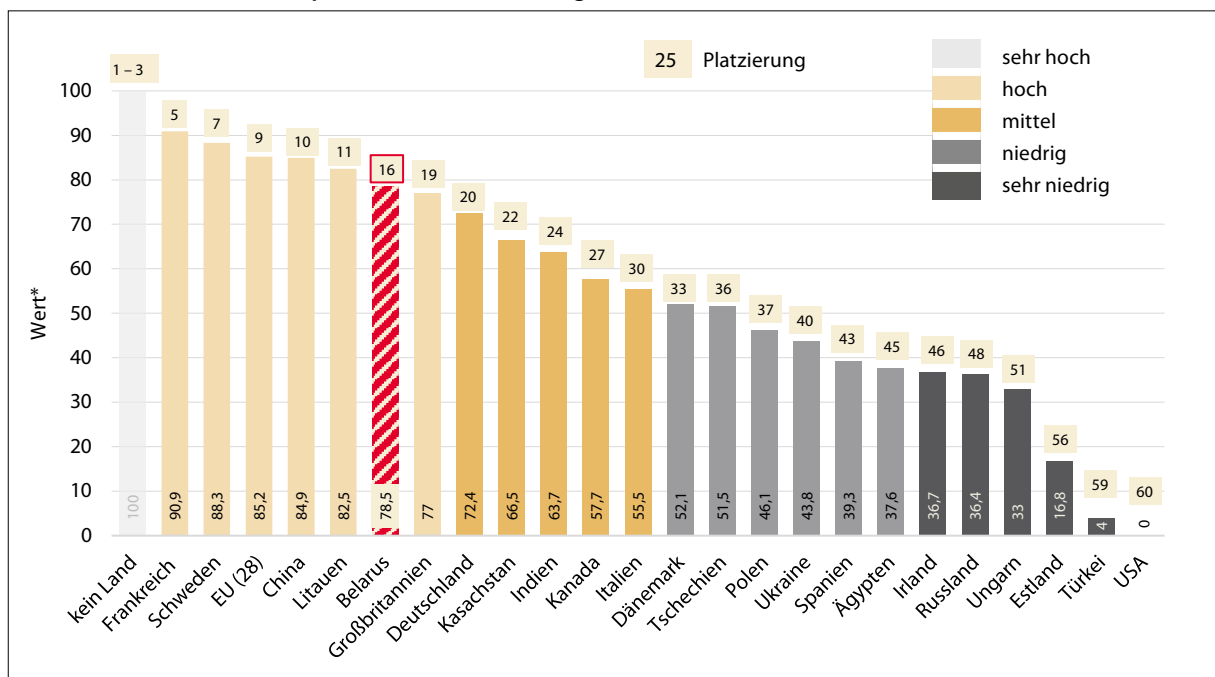
Grafik 1a: Klimaschutz-Index von Belarus im Vergleich (2018)



*0 bis 100: Ein höherer Wert bedeutet ein besseres Ergebnis

Quelle: Climate Change Performance Index, Results 2019, S. 7 https://www.climate-change-performance-index.org/sites/default/files/documents/ccpi2019_results.pdf

Grafik 1b: Index der Klimapolitik von Belarus im Vergleich (2018)



*0 bis 100: Ein höherer Wert bedeutet ein besseres Ergebnis

Quelle: Climate Change Performance Index, Results 2019, S. 15 https://www.climate-change-performance-index.org/sites/default/files/documents/ccpi2019_results.pdf

Energieszenarien für Belarus laut der Studie »Energy [r]evolution« (2018)

Tabelle 1a: CO₂-Emissionen laut Basisszenario (in Mio. t./ Jahr, nach Jahren und nach Emittenten)

	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050
Kondensationskraftwerke	6	4	5	7	7	7	7
<i>davon:</i>							
Gas	6	4	5	7	7	7	7
Erdöl	0	0	0	0	0	0	0
Diesel	0	0	0	0	0	0	0
Blockheizkraftwerke	15	11	10	11	12	13	14
<i>davon:</i>							
Gas	15	11	10	11	12	13	14
Erdöl	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt:	21	15	16	17	19	20	22*

*Gesamtzahl so im Original.

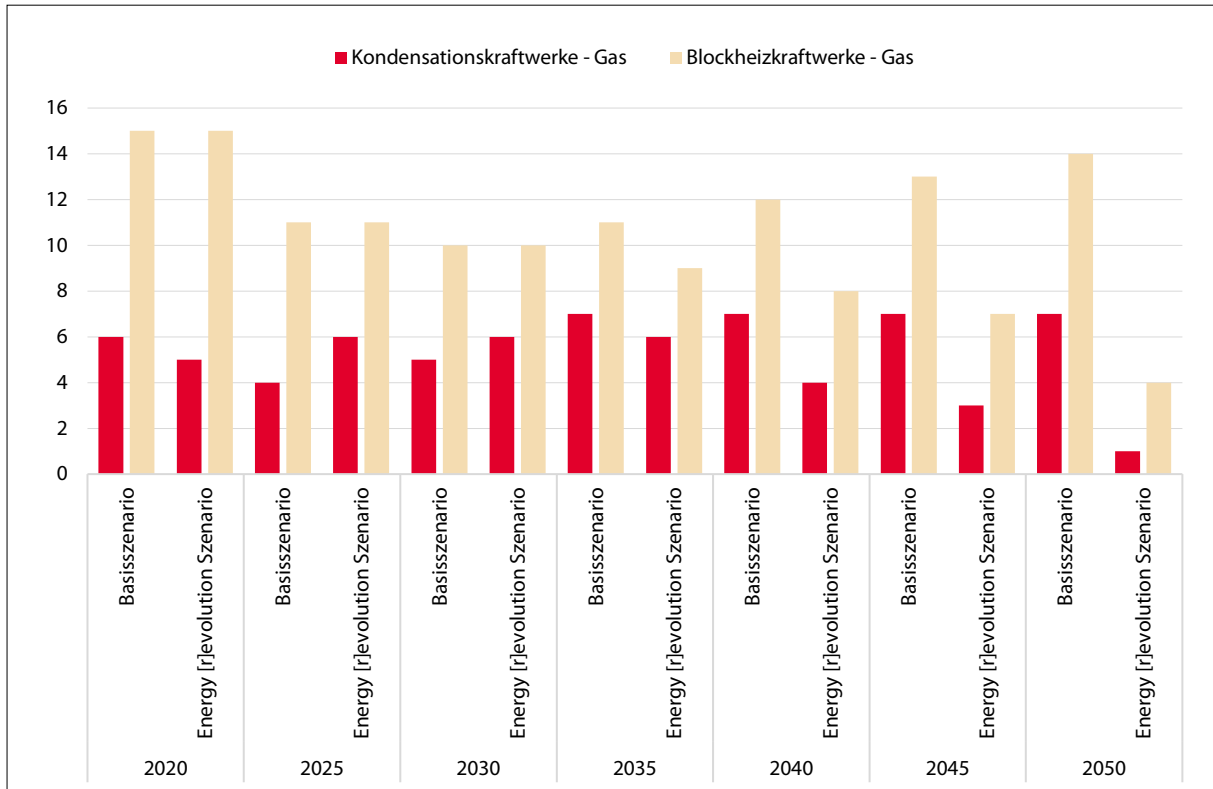
Quelle: Energie[r]evolution. Perspektiven für eine nachhaltige Entwicklung des Energiesektors in Belarus [russ.], S. 118, http://energy2050.by/#issuu_full

Tabelle 1b: CO₂-Emissionen laut »Energy [r]evolution Szenario« (in Mio. t./ Jahr, nach Jahren und nach Emittenten)

	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050
Kondensationskraftwerke	5	6	6	6	4	3	1
<i>davon:</i>							
Gas	5	6	6	6	4	3	1
Erdöl	0	0	0	0	0	0	0
Diesel	0	0	0	0	0	0	0
Blockheizkraftwerke	15	11	10	9	8	7	4
<i>davon:</i>							
Gas	15	11	10	9	8	7	4
Erdöl	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt:	21	17	16	14	12	10	5

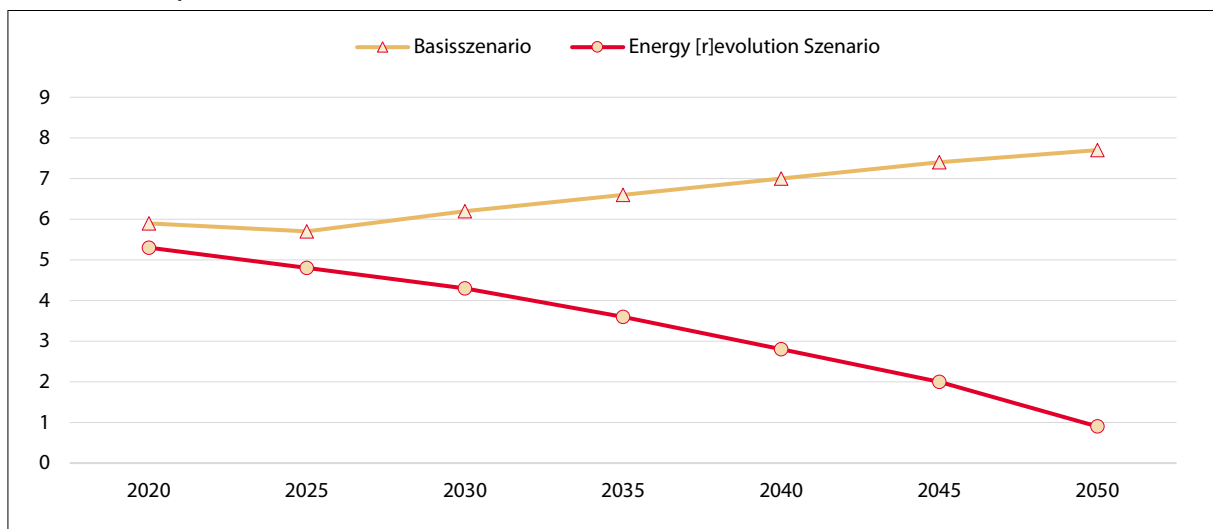
Quelle: Energie[r]evolution. Perspektiven für eine nachhaltige Entwicklung des Energiesektors in Belarus [russ.], S. 125, http://energy2050.by/#issuu_full

Grafik 1a: CO₂-Emissionen laut Basisszenario im Vergleich zum »Energy [r]evolution Szenario« (in Mio. t./ Jahr, nach Jahren und nach Emittenten)



Quelle: Energie[r]evolution. Perspektiven für eine nachhaltige Entwicklung des Energiesektors in Belarus [russ.], S. 117 und 125, http://energy2050.by/#issuu_full

Grafik 1b: CO₂-Emissionen laut Basisszenario im Vergleich zum »Energy [r]evolution Szenario« (in Tonnen pro Kopf, nach Jahren)



Quelle: Energie[r]evolution. Perspektiven für eine nachhaltige Entwicklung des Energiesektors in Belarus [russ.], S. 117 und 125, http://energy2050.by/#issuu_full

Tabelle 2a: Stromerzeugung laut Basisszenario (in TWh/Jahr; nach Jahren)

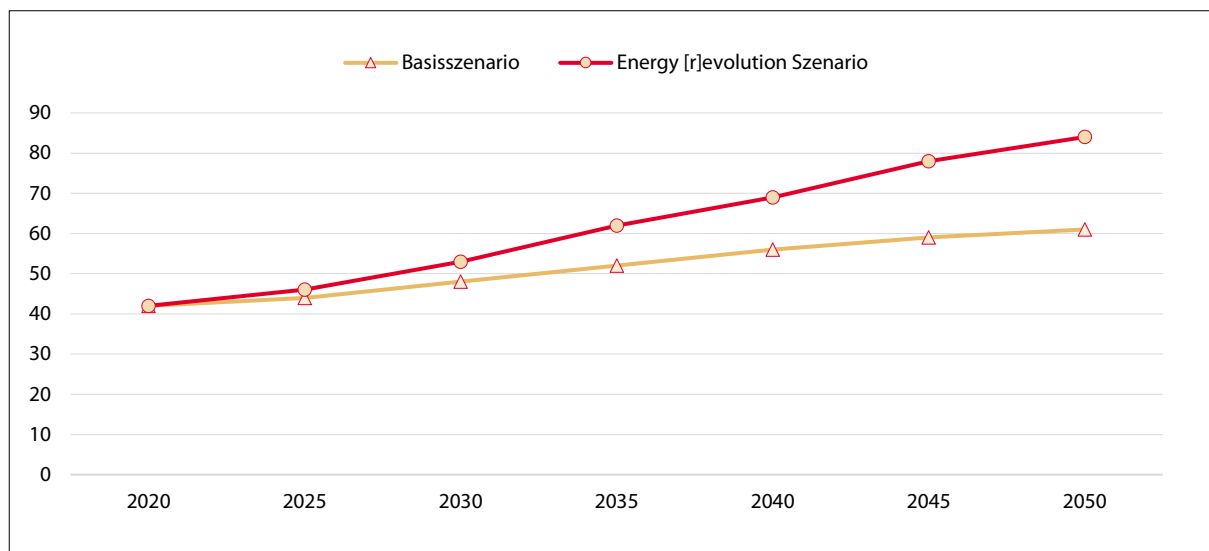
	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050
Kraftwerke	22	29	33	36	39	39	39
KWK-Anlagen	21	15	15	16	17	19	21
Gesamt	42	44	48	52	56	59	61
Endenergieverbrauch (Strom)	33	36	40	44	49	51	53
fluktuierende erneuerbare Energiequellen (Solar- und Windkraftwerke)	1	1	1	2	2	2	2
Anteil der ... (in %):							
fluktuierenden erneuerbaren Energiequellen	1,4	2,8	3,1	3,6	3,6	3,8	3,8
erneuerbaren Energiequellen (inländische Erzeugung)	3,4	5,2	5,4	5,9	5,9	6,1	6,1

Quelle: Energie[r]evolution. Perspektiven für eine nachhaltige Entwicklung des Energiesektors in Belarus [russ.], S. 111, http://energy2050.by/#issuu_full

Tabelle 2b: Stromerzeugung laut »Energy [r]evolution Szenario« (in TWh/Jahr; nach Jahren)

	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050
Kraftwerke	21	30	37	47	54	63	69
KWK-Anlagen	21	16	15	15	15	15	15
Gesamt	42	46	53	62	69	78	84
Endenergieverbrauch (Strom)	33	36	43	51	56	59	61
fluktuierende erneuerbare Energiequellen (Solar- und Windkraftwerke)	1	7	15	25	34	46	65
Einsparung durch Energieeffizienz (im Vergleich zum Basisszenario)	0	0	-1	-3	-1	-1	3
Anteil der ... (in %):							
fluktuierenden erneuerbaren Energiequellen (inländische Erzeugung)	2,5	15,5	28,5	39,8	48,8	58,2	77,2
erneuerbaren Energiequellen (ohne Import)	6	20,4	35,2	48,3	59,5	70,3	91,9

Quelle: Energie[r]evolution. Perspektiven für eine nachhaltige Entwicklung des Energiesektors in Belarus [russ.], S. 119, http://energy2050.by/#issuu_full

Grafik 2: Stromerzeugung laut Basisszenario im Vergleich zum »Energy [r]evolution Szenario« (in TWh/Jahr; nach Jahren)

Quelle: Energie[r]evolution. Perspektiven für eine nachhaltige Entwicklung des Energiesektors in Belarus [russ.], S. 111 und 119, http://energy2050.by/#issuu_full

Tabelle 3a: Endenergieverbrauch laut Basisszenario (in PJ/Jahr; nach Jahren)

	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050
Insgesamt (inkl. zu nichtenergetischer Nutzung)	943	997	1.046	1.088	1.119	1.145	1.167
Gesamtenergieverbrauch*	783	837	886	928	959	985	1077
Verkehr	175	187	198	207	214	221	229
Industrie	195	209	222	232	240	248	255
Weitere Branchen	412	441	466	488	504	516	524
erneuerbare Energiequellen insgesamt	68	72	77	83	87	91	95
Anteil der ... (in %):							
erneuerbaren Energiequellen	8,7	8,6	8,7	8,9	9,1	9,3	9,4

* ohne autonome KWK-Anlagen

Quelle: Energie[r]evolution. Perspektiven für eine nachhaltige Entwicklung des Energiesektors in Belarus [russ.], S. 115, http://energy2050.by/#issuu_full

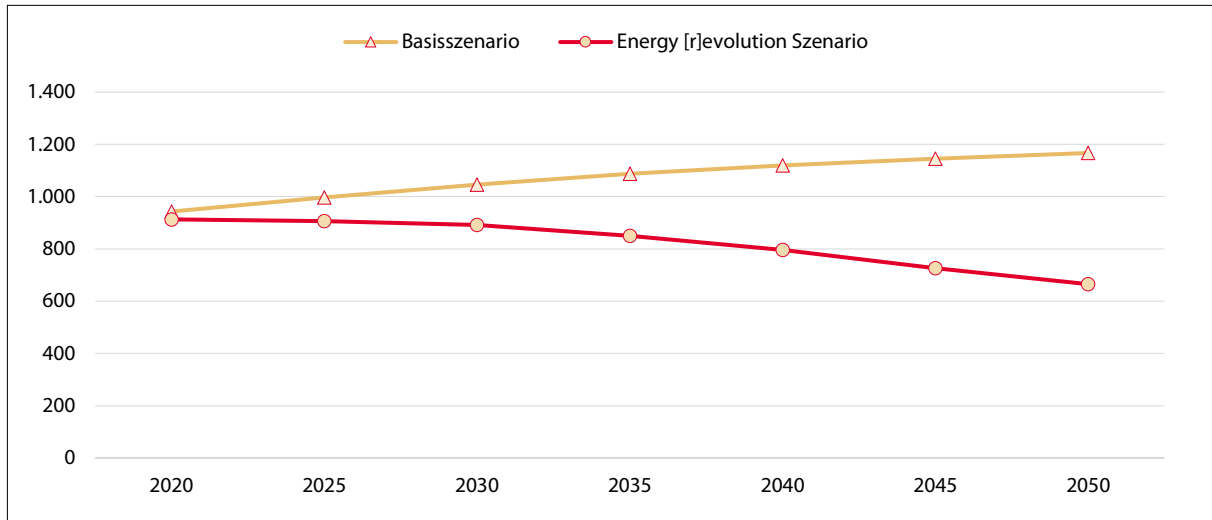
Tabelle 3b: Endenergieverbrauch laut »Energy [r]evolution Szenario« (in PJ/Jahr; nach Jahren)

	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050
Insgesamt (inkl. zu nichtenergetischer Nutzung)	913	906	892	850	796	726	665
Gesamtenergieverbrauch*	755	754	745	709	660	595	537
Verkehr	170	170	166	160	148	133	126
Industrie	181	183	183	174	160	145	127
Weitere Branchen	403	400	395	375	352	317	284
erneuerbare Energiequellen insgesamt	112	167	223	292	334	368	432
Anteil der ... (in %):							
erneuerbaren Energiequellen	14,8	22,2	30,0	41,2	50,6	61,8	80,5

* ohne autonome KWK-Anlagen

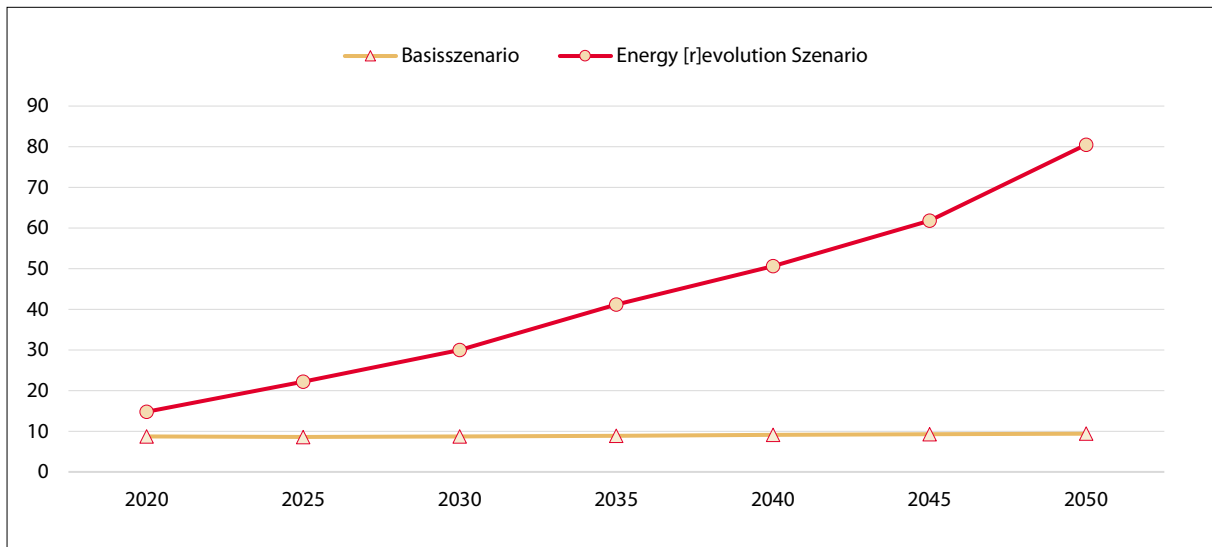
Quelle: Energie[r]evolution. Perspektiven für eine nachhaltige Entwicklung des Energiesektors in Belarus [russ.], S. 123, http://energy2050.by/#issuu_full

Grafik 3a: Endenergieverbrauch (inkl. zu nichtenergetischer Nutzung) laut Basisszenario im Vergleich zum »Energy [r]evolution Szenario« (in PJ/Jahr; nach Jahren)



Quelle: Energie[r]evolution. Perspektiven für eine nachhaltige Entwicklung des Energiesektors in Belarus [russ.], S. 115 und 123, http://energy2050.by/#issuu_full

Grafik 3b: Anteil der erneuerbaren Energiequellen laut Basisszenario im Vergleich zum »Energy [r]evolution Szenario« (in %; nach Jahren)



Quelle: Energie[r]evolution. Perspektiven für eine nachhaltige Entwicklung des Energiesektors in Belarus [russ.], S. 115 und 123, http://energy2050.by/#issuu_full

1. Dezember 2018 – 20. Januar 2019

5.12.2018	In Minsk findet ein Treffen der trilateralen Kontaktgruppe zur Beilegung der Krise in der Ostukraine statt.
6.12.2018	Präsident Aljaksandr Lukaschenka nimmt an der Sitzung des Obersten Eurasischen Wirtschaftsrates in St. Petersburg teil. Lukaschenka äußert sich u. a. unzufrieden mit der mangelnden Einigung über die Grundsätze des Aufbaus eines allgemeinen Öl- und Gasmarktes innerhalb der EAWU sowie mit den protektionistischen Wirtschaftsmaßnahmen innerhalb der Eurasischen Wirtschaftsunion.
6.12.2019	Der belarussische Außenminister Uladsimir Makej nimmt an der 25. Sitzung des OSZE-Ministerrats in Mailand teil. Belarus sei bereit, sich an allen Konfliktlösungsszenarien in der Ukraine zu beteiligen, erklärt Makej.
9.–11.12.2018	Der Präsident des Sudan, Omar Hassan Ahmed Al-Bashir, hält sich zu einem offiziellen Besuch in Belarus auf und trifft sich mit seinem Amtskollegen Aljaksandr Lukaschenka. Der Sudan übertrage belarussischen Firmen die Ausbeutung einer zweiten Goldmine, erklärt der Präsident. Die sudanesishe Botschaft in Minsk wird eröffnet.
11.12.2018	In Moskau finden Verhandlungen zwischen dem stellvertretenden Ministerpräsidenten der Russischen Föderation, Dmitri Kosak, und seinem Amtskollegen aus Belarus, Ihar Ljastschanka, statt. Besprochen wird vor allem den Ausgleich der Verluste der belarussischen Wirtschaft auf Grund der Steuermaßnahmen mit der Ölbranche in Russland. Nach Angaben von russischen Medien verknüpfe Kosak diese Frage mit einer grundlegenden Entscheidung über die weitere Integration zwischen Russland und Belarus im Rahmen des Unionsstaats. Die Steuervereinbarung sieht vor, dass der russische Exportzoll auf Öl aus Russland, den Belarus beim Import von fossilen Rohstoffen nicht zahlt, zwischen 2019 und 2024 von 30 auf 0% sinken wird. Gleichzeitig wird die Mineralfördersteuer in Russland dementsprechend steigen, was zu einem Anstieg des Ölpreises für Belarus führen kann.
12.–13.12.2018	In Brüssel findet die 6. Sitzung der Koordinierungsgruppe Belarus-EU statt. Die EU erwartet von Belarus die Verbesserung der Situation hinsichtlich der Medienfreiheit und der Versammlungsfreiheit sowie eine Reform der Wahlgesetzgebung. Am Treffen nehmen Vertreter des belarussischen Außenministeriums sowie der Zivilgesellschaft teil. An der Spitze der belarussischen Delegation steht der stellvertretende Außenminister Aleh Krautschanka.
13.12.2018	Die Sonderberichterstatte der Vereinten Nationen zur Menschenrechtsslage in Belarus und zu extralegalen, summarischen und willkürlichen Hinrichtungen sowie der Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen verurteilen Belarus für die fortgesetzte Anwendung der Todesstrafe. Es handelt sich um die Hinrichtung von drei Personen: Ales Mihalenja (Mai 2018), Sjamjon Berazhny und Ihar Herschankou (November 2018).
13.12.2018	In Brest findet eine Sitzung des Ministerrats des Unionsstaates von Russland und Belarus statt. Der russische Ministerpräsident Dmitrij Medwedew verkündet die Bereitschaft Russlands, den Aufbau des Unionsstaats fortzusetzen, einschließlich der Schaffung einer einzigen Emissionsstelle, eines einzigen Zolldienstes, eines Gerichts und eines Rechnungshofs.
14.12.2018	Aljaksandr Lukaschenka gibt Journalisten aus Russland eine Pressekonferenz. Die russische Bevölkerung bekomme durch Medien und insbesondere das Fernsehen keine vollständige und objektive Information über Belarus, so Lukaschenka. Der Präsident erklärt, er werde es nie zulassen, dass Belarus ein Teil Russlands wird.
18.12.2018	Belarus stimmt gegen die von der Ukraine vorgeschlagene UN-Resolution zur Militarisierung der Krim sowie der Gebiete des Schwarzen und des Asowschen Meeres. Die UN-Generalversammlung fordert in der Resolution die Russische Föderation dazu auf, ihre Streitkräfte aus der Krim abzuziehen sowie die vorübergehende Besetzung des ukrainischen Territoriums unverzüglich einzustellen.
19.12.2018	In Minsk findet erneut eine Sitzung der trilateralen Kontaktgruppe zur Krise in der Ukraine statt.
25.12.2018	Aljaksandr Lukaschenka trifft sich in Moskau zu einem Arbeitsgespräch mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin. Wichtigstes Thema der Unterredungen ist der russische Steuermaßnahmen im Ölbereich und seine Auswirkungen auf den belarussischen Haushalt. Nach Schätzungen aus Minsk wird sich der Schaden für den belarussischen Haushalt in den kommenden Jahren auf insgesamt 15 Milliarden US-Dollar belaufen. Als Ergebnis des Treffens wird eine Arbeitsgruppe zur Behandlung problematischer Fragen gebildet.
29.12.2018	In Moskau findet ein weiteres Treffen zwischen Aljaksandr Lukaschenka und Wladimir Putin statt. Es erfolgen allerdings keine Presseerklärungen nach dem Treffen.
10.01.2019	Aljaksandr Lukaschenka verkündet, die Frage der staatlichen Vereinigung von Russland und Belarus stehe momentan nicht auf der Tagesordnung – das hätten die beiden Präsidenten im Dezember 2018 vereinbart. Nahezu alle wirtschaftlichen Probleme in den bilateralen Beziehungen würden auf »mehr oder weniger annehmbare« Weise gelöst, so Lukaschenka. Der Präsident spricht auch über die Notwendigkeit der Verringerung der Öl-Abhängigkeit von Russland.

14.01.2019	Péter Szijjártó, Außenminister und Minister für Außenhandel von Ungarn, hält sich zu einem offiziellen Besuch in Belarus auf. Dabei trifft er sich mit seinem belarussischen Amtskollegen Uladsimir Makej und Präsident Aljaksandr Lukaschenka. Es werden vor allen die bilateralen Beziehungen im Wirtschaftsbereich besprochen.
15.01.2019	Präsident Lukaschenka äußert die Ansicht, dass Belarus sowohl vom Westen als auch vom Osten eine ernsthafte Prüfung seiner Souveränität und staatlichen Unabhängigkeit erfahre – vor allem in den kommenden zwei Jahren.
15.01.2019	Die österreichische Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres, Karin Kneissl, hält sich zum ersten Mal zu einem offiziellen Besuch in Belarus auf und trifft sich mit dem belarussischen Außenminister Uladsimir Makej. Am gleichen Tag wird ein neues Büro der österreichischen Botschaft in Minsk feierlich geöffnet.
16.01.2019	Der russische Außenminister Sergej Lawrow verkündet während einer Pressekonferenz in Moskau, es sei momentan noch nicht möglich, eine gemeinsame Verfassung, ein Gericht und ein Parlament des Unionsstaates von Belarus und Russland zu schaffen.
16.–17.01.2019	Der Präsident von Simbabwe, Emmerson Mnangagwa, hält sich zu einem Besuch in Minsk auf und trifft sich mit Präsident Aljaksandr Lukaschenka sowie mit Wirtschaftsvertretern. Darüber hinaus nimmt er an der feierlichen Zeremonie zur Eröffnung des Büros des Honorarkonsulats von Simbabwe in Minsk teil. Im Anschluss wird eine Reihe von Dokumenten über die Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen unterzeichnet, u. a. im Bereich des Außenhandels.
17.01.2019	Der Botschafter von Russland in Belarus, Michail Babitsch, gibt dem russischen Fernsehsender »Rossija 24« ein Interview. Dabei spricht er u. a. über die Notwendigkeit einer einheitlichen Tarif- und Steuerpolitik in beiden Ländern, über »gigantische Ausgaben« auf Seiten von Russland für eine gemeinsame Verteidigungspolitik mit Belarus sowie darüber, dass der Unionsstaat von Russland und Belarus von beiden Völkern gebraucht werde.
17.01.2019	Der alljährliche Weltbericht der Organisation »Human Rights Watch« wird veröffentlicht. Laut dem Bericht wurden 2018 in Belarus Aktivisten der Zivilgesellschaft, Rechtsanwälte, Menschenrechtsgruppen und unabhängige Medien weiterhin von den Behörden behelligt und unter Druck gesetzt. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass die strafrechtliche Verantwortung für das Handeln im Namen einer nicht registrierten Organisation nun durch das Gesetzbuch über Ordnungswidrigkeiten geregelt wird.
17.01.2019	In Minsk tagt erneut die trilaterale Kontaktgruppe zur Beilegung der Ukraine-Krise.
18.01.2019	Präsident Aljaksandr Lukaschenka äußert sich empört über eine Reihe von Veröffentlichungen und Fernsehsendungen in russischen Medien, die aus seiner Sicht einen antibelarussischen Charakter haben.

Zusammengestellt auf der Grundlage von Meldungen der Nachrichten-Agenturen BelaPAN und BelTa sowie des Nachrichtenportals naviny.by.

Sie können die gesamte Chronik ab dem 14.03.2011 auch auf <http://www.laender-analysen.de/belarus/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Olga Dryndova (verantwortlich)
 Sprachredaktion: Hartmut Schröder
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Margarita Balmaceda, Seton Hall University / Harvard University
 Dr. Maria Davydych, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin
 Prof. Dr. Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Dr. Astrid Sahn, IBB Dortmund

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Belarus-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 2192-1350 © 2019 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus>



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.



Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

